



Protokoll

38. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 2. Dezember 2013, 18.00 Uhr,
Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Antrag der Sekundarschulpflege betreffend Voranschlag 2014
(Antrag Nr. 180/2013)
- 4 Antrag des Stadtrates betreffend Leistungsaufträge 2014-2017 und Globalbudgets 2014 /
Finanzplanung 2015-2017
(Antrag Nr. 167/2013 und Antrag Nr. 188/2013)
 - 4.1 Überblick von Werner Egli
 - 4.2 Allgemeine Diskussion / Eintretensdebatte
 - 4.3 LA Parlamentarische Dienste
 - 4.4 GF Steuerung und Führung
 - 4.5 GF Bürgerrecht und Dienste
 - 4.6 GF Kultur
 - 4.7 GF Finanzen
 - 4.8 GF Liegenschaften
 - 4.9 GF Infrastrukturbau und Unterhalt
 - 4.10 GF Stadtraum und Natur
 - 4.11 GF Hochbau und Vermessung
 - 4.12 GF Koordination Bildung
 - 4.13 GF Sicherheit
 - 4.14 GF Publikumsdienst
 - 4.15 GF Soziale Sicherheit
 - 4.16 GF Gesundheit
 - 4.17 GF Betreutes Wohnen
 - 4.18 GF Sport
 - 4.19 GF Sozialhilfe

- 4.20 GF Primarschule
- 5 Investitionen des Voranschlages 2014
- 6 Festsetzung des Steuerfusses 2014
- 7 Schlussabstimmung

Präsenz

Vorsitz	Gabriela Seiler, Präsidentin
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	35 Ratsmitglieder (inkl. Präsidentin)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Werner Egli, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Sekundarstufe Uster	Thomas Pedrazzoli, Präsident
Verwaltung	Patrick Wolfensberger, Abteilungsleiter Finanzen Peter Pfeifer, Controller
Entschuldigt	Seyhan Kâhya
Presse	Christian Brütsch, AvU

Die Präsidentin begrüsst alle Anwesenden.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung Traktandenliste/Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

1 Mitteilungen

Gabriela Seiler

Wie ich heute erfahren habe, ist übers Wochenende der ehemalige Gemeinde- und Kantonsrat Werner Hürlimann verstorben. Werner Hürlimann war über 10 Jahre als Gemeinderat hier in Uster tätig. Er präsidierte während seiner Amtszeit die Sachkommission KPB bzw. war Mitglied in der KBK und amtierte für ein Jahr als Gemeinderatspräsident. Wir wissen nicht wann und in welchem Rahmen die Trauerfeier stattfinden soll. Wir werden der Trauerfamilie im Namen des Gemeinderates ein Kondolenzschreiben zukommen lassen. Ich bitte Sie den Verstorbenen in guter Erinnerung zu behalten. Der Trauerfamilie wünsche ich an dieser Stelle viel Kraft für die kommende, sicher nicht einfache Zeit.

Leider muss es auch nach solchen Nachrichten meist nahtlos weitergehen. So heute auch bei uns. Ich darf Sie darüber informieren, dass, vorausgesetzt wir kommen heute zu den Schlussabstimmungen, die Ersatzsitzung vom nächsten Montag nicht stattfinden wird. In Absprache mit dem RPK-Präsidenten werden wir die verschobenen Traktanden, die ja hauptsächlich Bauabrechnungen sind, auf die erste Sitzung im Januar 2014 verschieben werden. Und zum Schluss noch die für ein paar unter uns nicht unwichtige Mitteilung, dass wir so gegen acht Uhr, acht Uhr fünfzehn eine Pause einschalten werden und es im Foyer einen kurzen Imbiss geben wird.

Ansonsten verweise ich wie immer auf die Aktenaufgabe.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 37. Sitzung des Gemeinderates vom 11. November 2013 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 i.V.m. Art. 67 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Antrag der Sekundarschulpflege betreffend Voranschlag 2014 (Antrag Nr. 180/2013)

Rolf Denzler als Näniker befindet sich bei diesem Geschäft bei dieser Abstimmung im Ausstand.

Für die Kommission Bildung und Kultur bzw. Rechnungsprüfungskommission referiert **Walter Meier**.

*Sehr geehrte Präsidentin
Sehr geehrte Anwesende*

Die Sekundarstufe legt uns ein Budget 2014 vor, das einen Verlust von rund 1,1 Mio prognostiziert und Investitionen von 1,4 Mio. vorsieht. Der Steuerfuss soll weiterhin 18 % betragen.

Die Erträge steigen stärker als die Ausgaben. Hauptgrund sind um 780' höhere Steuereinnahmen und rund 510' höhere Einnahmen bei der BWS. Kurz vor Abnahme des Budgets durch die Schulpflege mussten die Steuereinnahmen korrigiert werden, da die Stadt diese falsch berechnet hatte. Eine Erhöhung der Spitalkosten von 200' musste zudem im Bereich Sonderpädagogik nach der ersten Lesung noch zusätzlich berücksichtigt werden (Es geht um eine Person, welche vermutlich das nächste ganze Jahr im Spital beschult wird). Diese Korrekturen führten zu einem Ausgabenüberschuss. Vorher war das Budget ausgeglichen.

Für den Finanzverantwortlichen wäre ein cash flow (Ergebnis laufende Rechnung + Abschreibungen) von 2 Mio. pro Jahr nötig, damit die Rechnung langfristig im Lot bleibt und die anstehenden Investitionen finanzieren werden können. Gemäss Finanzplanung 2013 – 2017 wird jährlich ein cash flow von max. 1,2 Mio. erwirtschaftet. Nur eine Erhöhung des Steuerfusses könnte hier Abhilfe schaffen. Für 2014 wird die Erhöhung des Steuerfusses (noch) nicht ins Auge gefasst, da im Moment noch das Eigenkapital abgebaut werden soll.

Bei der KuSs ZO zeichnet sich ein strukturelles Defizit ab. Die KuSs ZO muss auf der Einnahmeseite Korrekturen anbringen und hofft auf einen positiven Entscheid des Kantonsrates anfangs nächstes Jahr, mit dem das Schulgeld auf spätestens das Schuljahr 2015/16 wesentlich erhöht werden könnte. Bei einem positiven Entscheid des Kantonsrates braucht es noch die Einigung der Trägergemeinden Zürich / Winterthur und Uster auf die Höhe eines einheitlichen Schulgeldes.

Abschied

Die KBK hat den Voranschlag der SSU einstimmig angenommen.

Die RPK hat den Voranschlag der SSU mit dem Steuerfuss von 18 % einstimmig angenommen

2.12.2013 W. Meier, Gemeinderat

Cla Famos

Stellungnahmen der FDP/JFU-Fraktion zu Antrag Nr. 142 Voranschlag der Sekundarschulgemeinde Uster

Die Freisinnige Fraktion wird dem Budget und dem Steuerfuss von 18% der Sekundarschulgemeinde Uster zustimmen.

Ein budgetierter Verlust von 1.1 Mio ist unschön, aber hinnehmbar, solange sich kein strukturelles Defizit aufbaut. Positiv ist, dass die Erträge stärker als die Ausgaben steigen. Diese Tendenz muss weitergehen und dafür muss die Schulpflege die Ausgaben noch stärker in den Griff bekommen. Das geht nur durch eine konsequente Kostendisziplin.

Wir attestieren der Sekundarschulpflege in diesem Bereich grosse Anstrengungen. Auf diesem Weg muss nun weiter geschritten werden. Wir erwarten für 2015 dringend ein ausgeglichenes Budget durch eine weitere Plafonierung der Ausgaben. Denn was wäre die Alternative? Eine neuerliche Anhebung des Steuerfusses wäre ein fatales Zeichen angesichts der Tatsache, dass die Sekundarschulgemeinde Nänikon-Greifensee ihre Steuern für 2014 um ein weiteres Steuerprozent auf 16% senkt und damit 2 Prozentpunkte unter dem von der SSU liegt. Das Ziel einer Einheitsgemeinde mit der Sek Nänikon bleibt nur mit einem möglichst einheitlichen Steuerfuss realisierbar, darüber sollten wir uns keine Illusionen machen. Deshalb werden wir den Willen, dieses Ziel weiterzuverfolgen, auch am Willen abmessen, den Steuerfuss der SSU dem von Nänikon-Greifensee wieder anzunähern.

Wir sind zuversichtlich, dass die Sekundarschulpflege unter ihrem Präsidenten Thomas Pedrazzoli ihre Hausaufgaben machen wird und mit dem Steuerfranken weiterhin sehr sorgfältig umgehen wird.

Cla Famos

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung Steuerfuss

Der Gemeinderat beschliesst

mit 33 : 0 Stimmen

Der Steuerfuss zur Deckung des Aufwandes der Sekundarschulgemeinde Uster wird auf 18 % (Vorjahr 18 %) des einfachen Staatssteuerertrages festgesetzt.

Abstimmung Voranschlag

Der Gemeinderat beschliesst

mit 33 : 0 Stimmen

Der Voranschlag 2014 und die Investitionsrechnung der Sekundarschulgemeinde Uster werden genehmigt.

**4 Antrag des Stadtrates betreffend Leistungsaufträge 2014-2017 und Globalbudgets 2014 / Finanzplanung 2015 - 2017
(Antrag Nr. 167/2013 und Antrag Nr. 188/2013)**

Gabriela Seiler

Wir werden gleich verfahren wie in den letzten Jahren; d.h. dass nachher als erstes das Wort an Werner Egli als Finanzvorstand geht, dann J.F. Rossier als RPK – Präsident eine Stellungnahme seitens der RPK abgeben wird, danach die Eintretensdebatten resp. Referate der Fraktion gehalten werden bevor es dann zur Behandlung der einzelnen Geschäftsfelder kommt. Seitens der RPK werden grundsätzlich keine separaten Referate gehalten, wo immer möglich wurden die Ergebnisse und Erkenntnisse an die Sprecher aus den Sachkommissionen weitergeleitet.

Sämtliche Anträge werden jeweils unter dem entsprechenden Geschäftsfeld behandelt und darüber abgestimmt. Die Schlussabstimmung über die Anträge 167 und 188 folgen dann am Ende der Beratungen. Anträge die in den Sachkommissionen und/oder der RPK eine Mehrheit gefunden haben, gelten als automatisch gestellt, alle übrigen Anträge müssten gegebenenfalls nochmals separat gestellt werden.

Bevor wir jetzt loslegen erlauben Sie mir noch zwei drei Bemerkungen:

Seitens des Stadtrates wurde Kritik laut, dass Anträge teilweise zu einem Zeitpunkt gestellt wurden, wo sich die zuständigen Stadträte und Stadträtinnen nicht mehr direkt dazu äussern konnten. Ich kann diese Kritik nachvollziehen. Im Sinne einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Parlament und dem Stadtrat bitte ich alle Sachkommissionen inskünftig wo und wann immer möglich Anträge während der Behandlung der entsprechenden Geschäftsfelder zu stellen oder zumindest zu erwähnen. Das bedingt aber auch, dass sich die Fraktionen entsprechend früh mit der Jahresrechnung und dem Budget auseinander setzen. Betonen möchte ich aber ausdrücklich, dass Anträge auch erst an der entsprechenden Gemeinderatssitzung gestellt werden dürfen.

Damit wir es nachher nicht 18 x erwähnen müssen, danke ich der Verwaltung und der zuständigen Stadträte und Stadträtinnen im Namen des Gemeinderates für die Beantwortung unserer Fragen. Jetzt geht es definitiv los und ich bitte Werner Egli um seine Stellungnahme.

Finanzvorstand **Werner Egli** referiert zum Voranschlag 2014.

4.1 Überblick von Werner Egli

Werner Egli

Einleitung

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren

Gerne stelle ich Ihnen heute Abend den Bericht zum Voranschlag 2014 mit der Finanzplanung 2015-2017 vor. Es handelt sich hier um die Weisung Nr. 188, welche der Stadtrat vor gut 2 Monaten am 17.9.2013 genehmigt hatte.

Nebst dem nun in Rede stehenden Bericht zum Voranschlag haben Sie auch mit der Weisung Nr. 167 die Leistungsaufträge 2014-2017 und die Globalbudgets 2014 erhalten. Es sind 17 Leistungsaufträge mit ihren Budgets sowie separat, die Berechnungen der Parlamentarischen Dienste zu beurteilen.

Ich werde Ihnen nun vorab einige Zahlen zur Hochrechnung 2013 präsentieren. Dann möchte ich Ihnen eine Gesamtübersicht für das kommende Jahr 2014 aufzeigen. Die einzelnen Zahlen und Daten der 17 Geschäftsfelder (+ Parlament) werde ich, wie üblich, hier nicht näher kommentieren. Diese sind in der Weisung Nr. 167 detailliert aufgeführt. Das Globalbudget entspricht der Jahresplanung 2014 und beinhaltet den Globalkredit, den Leistungsauftrag für die nächsten 4 Jahre mit Indikatoren und Kennzahlen, die Übersicht der besetzten Stellen und die Investitionen im jeweiligen Geschäftsfeld. Die Weisungen Nr. 167 und Nr. 188 sind heute, inklusive den erfolgten Änderungen gemäss

Novemberbrief (verabschiedet vom SR am 19.11.2013) und den bereits erfolgten Beratungen in den Sachkommissionen, vom Gemeinderat zu verabschieden.

Die vom Stadtrat verfolgten „Finanzpolitischen Ziele“ werden mit dem vorliegenden Bericht für das Budgetjahr 2014 mehrheitlich erfüllt. Für die kommenden Planjahre sind jedoch weitere Anstrengungen notwendig, damit auch in Zukunft eine positive Zielerreichung festgehalten werden kann.

Hochrechnung 2013

Für das laufende Geschäftsjahr 2013 wurde anfangs Dezember 2012 im Voranschlag ein Aufwandüberschuss von 1,639 Mio. Franken verabschiedet. Im heute in Rede stehenden Bericht „Voranschlag 2014“ (Weisung Nr. 188) gehen wir von einem Aufwandüberschuss von 0,7 Mio. Franken aus. Obwohl wir in der Zwischenzeit tiefere Steuereinnahmen, als noch im Herbst angenommen, erwarten (Grundstückgewinnsteuern und Steuern frühere Jahre), gehen wir aktuell davon aus, dass der Aufwandüberschuss bei +/- 1 Mio. Franken verbleiben wird. Dies insbesondere aufgrund Minderausgaben bei den Ergänzungsleistungen zu AHV/IV. Zudem ist die effektive Investitionstätigkeit auch im laufenden Jahr tiefer als budgetiert was folglich zu geringeren Abschreibungen führen wird. Ein intakter Cashflow für 2013 wird dazu führen, dass wir einen guten Teil der Investitionen aus eigenen Mitteln bestreiten können. Das genaue Ergebnis für das Haushaltsjahr 2013 wird gegen Mitte/Ende Februar 2013 vorliegen.

Voranschlag 2014

Der Voranschlag 2014, inkl. des Novemberbriefes, zeigt in der laufenden Rechnung, bei einem Aufwand von 236,1 Mio. Franken und einem Ertrag von 235,7 Mio. Franken, **ein Defizit von 0,4 Mio. Franken** auf. Im Vergleich zum Voranschlag 2013 konnten die Aufwandsteigerungen in der laufenden Rechnung stabilisiert werden. Die beantragten Globalkredite erhöhen sich im Total um 1,1 Millionen Franken. Diese Steigerung ist im Wesentlichen auf folgende Faktoren zurückzuführen: Mehrkosten Tagesstrukturen Primarschule (0,75 Mio. Franken), Zusatzkosten aufgrund kantonaler Vorgaben an die Schulen (0,9 Mio. Franken), Mehrkosten in der Leistungsgruppe Spitex (0,8 Mio. Franken), Minderkosten in der sozialen Sicherheit (0,6 Mio. Franken) und übrige positive Abweichungen von rund 0,8 Mio. Franken. Bei der Finanzierung selber zeichnet sich dafür eine positive Entwicklung von rund 2,3 Mio. auf 106,4 Mio. Franken (Vorjahr 104,1 Mio. Franken) ab.

Es ist zu beachten, dass wir auch für 2014 ausserordentliche Abschreibungen von Fr. 5 Mio. eingeplant haben. Die ordentlichen Abschreibungen betragen 10,4 Mio. Franken. Der Cashflow 2014 inkl. Spezialfinanzierungsbereiche beträgt gemäss unseren Berechnungen rund 15 Mio. Franken. Der Finanzausgleich 2014 hängt von den Steuererträgen und der Entwicklung der Einwohnerzahl vom Jahr 2012 ab. Der Ressourcenzuschuss ist im Voranschlag 2014, inkl. Anteil Sekundarschulgemeinden mit 22 Mio. Franken (2013, 21 Mio. Franken) bereits verbindlich, also frankengenau, eingestellt. Diese doch hohe Abschöpfung ist auf den Rückgang der relativen Steuerkraft von Uster im 2012 zurückzuführen.

Bei den Investitionen stehen im Verwaltungsvermögen Nettoinvestitionen in der Höhe von 24,1 Mio. Franken an. Diese neue Zahl beinhaltet bereits die betragsmässige Anpassung beim Ersatz BZU Turnhalle gemäss Novemberbrief des Stadtrates vom 19. November 2013. Ursprünglich waren ja 25,4 Mio. Franken eingeplant. Der Selbstfinanzierungsgrad inkl. Spezialfinanzierungsbereiche beträgt gemäss den Planvorgaben rund 60%, was bedeutet, dass wir die verbleibenden 40% aus dem Nettovermögen beziehen müssen. Diverse Grossprojekte wie die Sanierung und Erweiterung Hallenbad, der Neubau Schulhaus Krämeracker, die Sanierung und Erweiterung Dammstrasse sowie die Sanierung Burgstrasse (bereits in Ausführung) stehen nun in einer vertieften Projektierung mit Kostenfolgen. Zur Sicherstellung der Liquidität im Haushalt und der Finanzierung der erwähnten Investitionen muss neues Fremdkapital aufgenommen werden.

Ein weiterer Abbau der Fremdverschuldung wird deshalb vorderhand nicht mehr möglich sein. Eine Aufnahme von neuen Darlehen wird auch die letzten alten und teuren Darlehen bei deren Fälligkeit im kommenden Jahr ablösen. Wir werden so im März 2014 eine letzte Tranche von Fr. 10 Mio. Franken langfristiger Darlehen zurückzahlen. In einer Zeitphase tiefster Zinsverhältnisse, werden wir Terminabschlüsse für neue mittel- bis langfristige Darlehen (Fremdfinanzierung) prüfen um die in Zukunft anstehenden, hohen Investitionen möglichst zinsgünstig finanzieren zu können. Vorderhand basieren wir bei unseren Überlegungen aber auch auf kurzfristige Übergangsfinanzierungen, welche später jederzeit auf länger laufende Darlehen umgestellt werden können.

Stadträtliche „Finanzpolitische Ziele“

Die bestehenden „Finanzpolitischen Ziele“, welche vom Stadtrat im Herbst 2010 genehmigt wurden, sind auch in den Voranschlag 2014 eingeflossen. Der Voranschlag 2014 sieht ein praktisch ausgeglichenes Ergebnis von -0,4 Mio. Franken vor. Die Selbstfinanzierung (Cash flow) beträgt im Steuerhaushalt 12,5 Mio. Franken und unterstützt so die stadträtlichen Finanzziele. Während der Finanzplanperiode 2015 bis 2017 ist die Einhaltung einzelner finanzpolitischer Ziele gefährdet. Mit den zu erwartenden Cash Flows wird man die Investitionen der Zukunft wohl nur noch teilweise finanzieren können. Der Abbau des Nettovermögens wird aufgrund der nun anlaufenden Grossinvestitionen beträchtlich sein und gemäss den vorliegenden Planungsdaten würde der vom Stadtrat festgesetzte Mindestwert von 1'000 Franken je Einwohnenden in absehbarer Zeit unterschritten werden.

Der Stadtrat weist aber in diesem Zusammenhang explizit darauf hin, dass der Abbau des Nettovermögens für die Grossprojekte seit Jahren kommuniziert ist. Auch wenn sich die eingestellten Investitionen nicht immer an den vorgesehenen Planungshorizont (z.B. Neubau Schulhaus Krämeracker) halten, ist der Planung der nächsten Rechnungsjahre hohe Aufmerksamkeit zu schenken. Auch ist gegebenenfalls eine Neubeurteilung bzw. Priorisierung dieser Projekte notwendig. Es muss erklärtes Ziel bleiben, dass die Stadt Uster stets ein positives Nettovermögen (per Ende 2012 rund 75 Millionen Franken im Steuerhaushalt) aufweisen kann. Zu Ihrer Information diene, dass die Stadt Zürich per Ende 2012 ein negatives Nettovermögen, also eine Nettoschuld von über 4 Mia. Franken aufwies. Die Stadt Winterthur, knapp 4 mal kleiner als Zürich, eine Nettoschuld von 615 Mio. Franken aufweisen musste. Dadurch weisen diese beiden Städte per Ende 2012, aufgrund ihrer gewaltigen Investitionen aller Art, langfristige Schulden von 5,5 Mia. Franken resp. 765 Mio. Franken auf. Es wäre deshalb einmal dienlich, diese Kennzahlenvergleiche bei der unterschiedlich ausgefallenen Würdigung der Finanzlage der Stadt Uster mit einzubeziehen.

Die kommenden Investitionen werden auch bei uns mit Sicherheit neues Fremdkapital benötigen. Das sollte Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren des Ustermer Parlaments, deutlich klar sein. Der Abbau von Nettovermögen ist, wenn die Bilanz der Stadt näher betrachtet wird, auch mit der Aufnahme von neuen Darlehen verbunden. „Nettovermögen“ bedeutet ja nicht, dass wir dieses Geld auf einem Sparkonto bei einer Bank deponiert haben und davon nun zehren können. Nettovermögen steht für unsere kurz- und mittelfristige Finanzkraft, welche vereinfacht aussagt, wie sich das Verhältnis zwischen dem Finanzvermögen bei den Aktiven und dem Fremdkapital bei den Passiven präsentiert.

Würdigung

Dank strikten Vorgaben des Stadtrates bezüglich Ausgabenerweiterung, guten Steuereinnahmen u.a. aufgrund eines beachtlichen Bevölkerungszuwachses und einem erhöhten Ressourcenzuschuss (Finanzausgleich) kann ich Ihnen heute ein ausgeglichenes Ergebnis für das Jahr 2014 präsentieren. Die Stadt Uster verfügt nach wie vor über einen gesunden Finanzhaushalt, die geplanten Investitionen im 2014 sind für die Stadt Uster tragbar und im Verhältnis zu den Einnahmen (Faustregel: 25% der Steuereinnahmen für Investitionen) angemessen. Trotzdem ist es für eine sich entwickelnde Stadt in der Grösse von Uster absolut normal, dass sie immer Investitionen in der kürzeren oder erweiterten Planung vor sich hat. Jahre von geringeren Neubau- oder sonstigen Investitionsvorhaben folgen intensivere Bautätigkeiten welche dann meistens auch über eine Fremdfinanzierung bezahlt werden müssen. Haben wir in den letzten Jahren die Batterien mit dem Abbau der langfristigen Schulden aufgefüllt, so werden diese Reserven nun für die Ihnen bekannten Investitionen, sofern vom Souverän bewilligt, wieder angezapft. Der Stadtrat ist nicht der Ansicht, dass Steuererhöhungen auf Vorrat eine gangbare Lösung sind. Eine etwas engere Haushaltsführung zwingt uns dafür alle, notwendiges von wünschbarem zu unterscheiden und eben, im Sinne des Wortes, „haushälterisch“ mit dem uns anvertrauten Steuergeld umzugehen.

Das Eigenkapital ist mit rund 135 Millionen Franken nach wie vor hoch. Auch mit den geschätzten Nettovermögen im Steuerhaushalt von knapp unter 2'000 Franken pro Einwohner im Steuerhaushalt befindet sich die Stadt Uster per Ende 2013 in einer guten Ausgangslage.

Der Stadtrat nimmt diese Auswirkungen des geplanten und mehrfach kommunizierten Abbau des Nettovermögens nicht einfach kommentarlos zur Kenntnis sondern engagiert sich unter anderem aktiv für mehr Gerechtigkeit für Gemeinden mit regionalen Zentrumsfunktionen- und lasten. Auch aktualisiert und priorisiert der Stadtrat die Investitions- resp. Finanzplanung jährlich neu. Bereits im März 2014 werden die Weichen für die nächsten Jahre wieder gestellt oder zumindest justiert. Die Finanzpolitischen Ziele werden für 2015 angepasst. Der Stadtrat ist sich der finanzpolitischen

Herausforderungen der nächsten Jahre klar bewusst. Er beantragt dem Parlament den Steuerfuss für das kommende 2014 **bei 91%** (wie bisher) beizubehalten.

Es würde mich sehr freuen, wenn wir gemeinsam mit dem nun vorliegenden Voranschlag 2014, die wichtigen Haushaltsgeschäfte und Investitionen tätigen und auch finanzieren können. Der Stadtrat hat das Budget 2014 mit breiter Unterstützung der einzelnen Abteilungen und mit Sorgfalt erstellt. Im Namen des Gesamtstadtrates danke ich für das in uns gesetzte Vertrauen und freue mich auf eine weitere gute Zusammenarbeit mit Ihnen.

Werner Egli, Stadtrat und Finanzvorstand der Stadt Uster

Uster, 2. Dezember 2013/pw/we/fin

Jean-François Rossier

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Damen und Herren

An ihrer Sitzung vom vergangenen Montag, hat die RPK den Voranschlag 2014 beraten. Analog von den vergangenen Budgetsitzungen, haben wir uns auch in diesem Jahr durch die einzelnen Geschäftsfelder durchgearbeitet. Die RPK befindet dabei nicht über die einzelnen Geschäftsfelder, sondern über den Voranschlag als Gesamtes. Bei der Bearbeitung von den einzelnen Geschäftsfelder haben verschiedene Kommissionsanträge behandelt werden müssen. Die Details zu diesen Anträgen werden Ihnen in den folgenden Kommissionsreferaten erläutert, eine schriftliche Zusammenfassung haben sie zudem letzte Woche per Mail erhalten.

Kommen wir jetzt zur Beratung des Globalbudgets 2014 von der Stadt Uster. Die RPK hat festgestellt, dass der Stadtrat eine positive Budgetdisziplin entwickelt hat. Dies zeigt sich unter anderem an der Tatsache, dass die RPK lediglich über marginale Kürzungsanträge zu befinden gehabt hatte. Wie bereits erwähnt, erhalten sie detaillierte Angaben in den folgenden Kommissionsreferaten.

Im vorliegenden Budget muss sich die Stadt Uster jetzt erstmals konkret mit den finanziellen Auswirkungen von den geplanten Grossprojekte auseinander setzen. Auf den ersten Blick erscheinen die bevorstehenden Investitionen als einmalige und ambitionierte Angelegenheit. Es wird wohl aber so sein, dass Uster auch in Zukunft mit dem Umstand konfrontiert werden kann, dass mehrere grössere Investitionen zeitgleich auftreten. Wie so oft, kann der Souverän diese geplanten Investitionen relativieren bzw. nicht gutheissen, so dass auch die gesamte Finanzplanung und Finanzhaushalt wieder in einem anderen Licht erscheint.

Anlässlich der RPK-Beratung sind Anträge auf Änderung oder Streichung von Indikatoren, Wirkungs- und / oder Leistungsziele gestellt worden. Die RPK ist nach eingehender Beratung von diesen Anträgen zum Schluss gekommen, dass es einerseits durchaus legitim ist, solche Anträge zu stellen. Andererseits war die RPK ebenfalls der Ansicht, dass einige von diesen Indikatoren etc. besser bei der Rechnungsabnahme gestellt würden, damit diese dann bei Erstellung des nächsten Budgets berücksichtigt werden könnten.

Kommen wir nun zur abschliessenden Beratung aus der RPK:

Abschied RPK

Der Voranschlag 2014 der Stadt Uster wird mit den beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

Die Investitionen des Voranschlages 2014 werden mit den beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

Der Antrag des Stadtrates auf Beibehaltung des Steuerfusses von 91 % wird 7 : 1 Stimmen angenommen.

Aus Effizienzgründen verzichtet die RPK auf ein eigenes Referat, wenn keine Anträge vorgelegen haben, oder aber die Abstimmungen in der RPK zum gleichen Ergebnis geführt haben wie in den Sachkommissionen.

Die Sachkommissionsreferenten/Innen werden die RPK-Ergebnisse in ihre Referate einbauen.

Für die RPK

*Jean-François Rossier
RPK-Präsident*

4.2 Allgemeine Diskussion / Eintretensdebatte

Cla Famos ersucht um eine Redezeitverlängerung. Der Rat stimmt dieser mit grosser Mehrheit zu.

Cla Famos

Stellungnahme der FDP/JFU-Fraktion

Erst einmal möchte ich unserem Finanzvorstand Werner Egli von Seiten der freisinnigen Fraktion ein Kränzli winden: er legt ein praktisch ausgeglichenes Budget vor, und darin liegt sehr viel Arbeit – denn die Begehrlichkeiten in den Abteilungen sind gross.

Wir haben uns in den letzten Wochen intensiv mit dem Budget auseinander gesetzt und haben Potential für Einsparungen von insgesamt 455'000 Franken eruiert. Mit diesen Kürzungen wäre die Stadt Uster mit ihrem Budget im schwarzen Bereich.

Aber leider sind wir in den Vorbesprechungen in den Kommissionen mit unseren Vorschlägen praktisch nicht unterstützt worden. Mit einer einzigen Ausnahme sind unsere Anträge alle „:1“ oder „:2“ abgelehnt worden. Wir sind doch etwas ratlos, dass gerade von der SVP weder eigene Anträge eingereicht noch unsere Anträge unterstützt wurden. In früheren Jahren hat die Zusammenarbeit wesentlich besser funktioniert. Dass diese Zeiten offenbar vorbei sind, ist sicher nicht zum Vorteil von Uster. Es ist nämlich wie am Ustermärt mit dem Märtpatzen: Man kann auch den Steuerfranken nur einmal ausgeben. Und es bringt nichts zu jammern und Kürzungsprogramme zu fordern, wenn man nicht bereit ist, im Kleinen anzufangen.

So hoffen wir, dass dies kein schlechtes Omen für Uster ist und die bürgerliche Zusammenarbeit nächstes Jahr nach den Wahlen wieder besser funktioniert. Die FDP versucht die Interessen der Leute zu vertreten, welche die Leistungen der Stadt Uster am Schluss auch wirklich mit ihren Steuern bezahlen müssen. Und die sind froh, wenn jemand darauf pocht, mit dem Steuerfranken sehr sorgfältig umzugehen.

Auf unsere Kürzungsanträge werden wir NICHT mehr zurückkommen und sie NICHT noch einmal im Rat stellen; das wäre – leider – nur Zeitverschwendung. Alle Erhöhungsanträge werden wir selbstverständlich ablehnen.

GF Steuerung und Führung:

Die regionale Wirtschaftsförderung: Sie scheint uns zumindest fragwürdig.

Im Übrigen sind wir der Meinung, dass die LG Controlling ganz dringend ein Wirkungs- und Leistungsziel und einen Indikator zu IKS haben muss. Um Unregelmässigkeiten zu verhindern, ist ein funktionierendes IKS notwendig, und das müssen wir im Auge behalten. Mit unserer Sorge sind wir in der Minderheit, aber hier möchte ich es doch zu Protokoll gegeben haben.

GF Kultur:

Wir werden den Kürzungsantrag bzgl. Sekretariat annehmen. Auf unseren zweiten Antrag punkto kostenneutrale Erhöhung des Beitrags an den Holzwurm werden wir nicht mehr zurückkommen.

GF Finanzen:

Hier werden wir den Kürzungsantrag Informatikapplikationen annehmen, als Signal dass die Kosten für spezielle Softwareprogramme klar reduziert werden müssen.

Die Anpassung der Kennzahlen bzgl. IKS werden wir aus den erwähnten Gründen unterstützen.

GF Betreutes Wohnen:

Wir sind nach wie vor der Meinung, dass eine Anlauf- und Beratungsstelle Alter für wiederkehrende Kosten von 150'000 Franken übertrieben und unnötig ist, weil wir ein gut funktionierendes Angebot von staatlichen, kirchlichen und privaten Institutionen haben.

GF Sport:

Wir sehen den Bedarf an CHF 130'000 jährlich wiederkehrende Kosten für neues Personal im Bereich Bäder und Sport nicht. Da müsste man sich anders organisieren können. Aber es werden da wohl noch weitere Fixkostenblöcke auf uns zukommen.

Der Wille zum Sparen ist auch hier offensichtlich nicht vorhanden.

Das Investitionsbudget und die Investitionsplanung heissen wir gut. Allerdings fordern wir, dass wir in Zukunft nicht mehr nur mit groben Zahlen abgespiessen werden, sondern auch die einzelnen

Investitionsprojekte z.B. bei Infrastruktur und Unterhalt auch ersichtlich sind. Diesen Informationsverlust wollen wir so nicht mehr hinnehmen.

Der Steuerfuss soll für die politische Gemeinde auf 91% belassen werden, was zusammen mit der Sek einen Gesamtsteuerfuss von 109% ergibt. Eine Erhöhung, wie sie in der RPK beantragt wurde, wäre für Uster fatal.

Wenn wir auf die vergangenen Jahre zurückblicken, sehen wir – zum Glück für Uster – eine sehr positive Entwicklung: Dank der bürgerlichen Geschlossenheit konnte die Aufwandsteigerung der Nullerjahre eingedämmt und entsprechend der Steuerfuss seit 2006 kontinuierlich und in kleinen Schritten von 117% auf 109% gesenkt werden. Uster ist damit finanzpolitisch auf dem rechten Pfad. Wo Uster wäre, wenn sich auch in unserer Stadt die Linke durchgesetzt hätte, das sehen wir heute in Winterthur – dort braucht es jetzt krasse Sparübungen und 2014 wird man mit dem Maximalsteuerfuss an der Decke angekommen sein, höher geht's dann nimmer.

Wenn unsere Kürzungsanträge durchgekommen wären, hätte man den Steuerfuss in Uster noch einmal etwas senken können. Aber da wir keine Unterstützung gefunden haben, macht es auch keinen Sinn, den Steuerfuss zu senken, denn ein ausgeglichenes Budget hat Priorität.

Balthasar Thalmann

Voranschlag 2014 Stadt Uster – Eintretensreferat SP-Fraktion

*Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Die SP-Fraktion ist schon lange nicht mehr so irritiert über einen Voranschlag gewesen wie heute. Seit Jahren sagen wir, dass es Gift für die Zukunft von Uster ist, wenn den Stadtrat und die Mehrheit des Gemeinderats der Ansicht ist, dass ein tiefer Steuerfuss wichtiger als alles andere sei. Seit Jahren war es nicht mehr so augenfällig wie heute, dass der Stadtrat genau diese Politik des möglichst tiefen Steuerfuss verfolgt. Anders ist die etwas abenteuerliche Investitionsplanung nicht erklärbar.

Schauen wir drei Jahre zurück: Der Stadtrat stellt die vier grossen Investitionsvorhaben für die Stadt Uster vor: das neue Schulhaus Krämeracker, die Erweiterung des Hallenbads, das Stadthaus II und das neue Kulturzentrum auf dem Zeughausareal. Der Stadtrat bezeichnete diese Vorhaben als wichtig und finanzierbar für Uster. Heute soll nun alles anders sein. Statt für vier soll nur noch für zwei dieser Grossvorhaben Geld eingestellt werden.

Das Stadthaus II hat der Stadtrat im Zusammenhang mit der Sanierung der Werkliengenschaft Dammstrasse gestrichen. Und das Kulturzentrum fehlt nun ohne Kommentar in der Finanzplanung 2014-2017 und die Folgejahre. Für die SP-Fraktion ist dies unhaltbar.

Meint es der Stadtrat tatsächlich ernst, dass auf dem Zeughausareal kein städtischer Kultursaal als Ersatz für den Stadthof entstehen soll? Werden deshalb mehrer hunderttausend Franken für die Sanierung des heutigen Stadthofsaals eingestellt? Wie bitte soll ein attraktives Zentrum geschaffen werden, wenn auf der einen Seite auf das Stadthaus II und auf der anderen Seite auf das Kulturzentrum auf dem Zeughausareal verzichtet wird? Hat nicht gerade die Testplanung Zentrum Uster und die Testplanung über das Zeughausareal gezeigt, dass es diese beiden markanten, öffentlichen Bauten braucht, damit ein attraktives Zentrum zum Flanieren, Verweilen und Einkaufen entstehen kann?

Wir haben den Eindruck, dass die langfristige Finanzplanung des Stadtrates die Tatsachen nicht richtig widerspiegelt. Der Stadtrat sagt im Zusammenhang mit der Investitionsplanung, dass Investitionen noch verschoben werden müssten, dass neues Fremdkapital benötigt werde und dass Finanzvermögen veräussert werden müsse.

Für uns kommt die Veräusserung von Finanzvermögen, von Land und Immobilien gar nicht in Frage. Und Investitionen weiter nach hinten zu verschieben, geht gar nicht. Denn bereits die uns vorgelegte langfristige Investitionsplanung ist nicht vollständig:

- es fehlt ein Betrag für das Kulturzentrum im Zeughausareal, 20 Mio.
- das Hallenbad erfährt Verzögerung, weshalb 3 Mio. auf das Jahr 2014 und fortfolgende Jahre zu verbuchen ist
- dasselbe gilt für 1 Mio. bei der Sanierung der Werkliegenschaft
- die Desinvestition durch Verkauf von Finanzvermögen im Umfang von Fr. 8 Mio. ist ebenfalls nicht reinzurechnen.

Zählt man dies zusammen, kalkuliert der Stadtrat mit Fr. 32 Mio. zu tiefem Investitionsvolumen.

Eine vorsichtige Finanzplanung würde auch noch weitere Investitionen für Verwaltungsräumlichkeiten in der Grössenordnung von über Fr. 15 Mio., wohl noch weitere Pavillons für die PSU, sagen wir mal Fr. 2 Mio. und – auch wenn das uns völlig gegen den Strich geht – Fr. 25. Mio. für die Unterführung Winterthurerstrasse.

Summa summarum ergäbe das Fr. 74 Mio. Wie sollen Investitionen verschoben werden, wenn 1/3 des gesamten Investitionsvolumen in der Finanzplanung sowieso schon fehlt?

Es ist offensichtlich:

1. die uns vorgelegte Finanzplanung ist unvollständig und führt zu falschen Schlüssen
2. wenn der Stadtrat ehrlich mit sich selbst wäre, hätte er beantragen müssen, die von ihm vor 2 Jahren beantragte 2%-ige Steuerfussenkung heute rückgängig zu machen. Er hat dies aber nicht getan.

Eine solche Finanzpolitik geht kurzfristig vielleicht auf – in wenigen Jahren holt sie uns aber heftig ein. So was können wir nicht unterstützen.

Es gibt aber auch Punkte, über die wir erfreut sind – namentlich darüber, dass endlich die Fachstelle Alter vorgesehen ist. Wenn diese Stelle hilft, rechtzeitig die richtigen Weichen zu stellen, dann ist diese Stelle auch aus finanzpolitischen Überlegungen absolut gerechtfertigt.

Besten Dank.
Balthasar Thalmann

Ursula Räuftlin

Budget 2014 der Stadt Uster

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen

Der Stadtrat legt uns mit dem Budget 2014 mit einem Defizit von knapp 0.4 Mio. ein gegenüber dem Vorjahr ausgeglicheneres Budget vor. Das Defizit ist durchaus verkraftbar, da wiederum ausserordentliche Abschreibungen von 5 Mio. Franken budgetiert sind. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre kann sich die Rechnung durchaus noch ins Plus wenden.

Auf den ersten Blick scheint also alles in Ordnung. Erstmals ist eine Stabilisierung des Personalaufwandes feststellbar und eine zurückhaltende Prognose zum Steuerkraftausgleich.

Hingegen zeigt die Finanzplanung weiterhin Verfehlungen gegenüber nachhaltigen Finanzzielen. Nach wie vor sind mit den geplanten Grossprojekten riesigen Investitionsbeträge in den nächsten Jahren enthalten. Entsprechend sieht die mittelfristige Finanzplanung ab 2017 eine massive Verschlechterung der finanziellen Situation vor, da dann zusätzlich noch grosse Abschreibungen anfallen müssten. Insbesondere die Ziele „Erhaltung Nettovermögens“ und „angemessene Selbstfinanzierung“ werden nicht erreicht. Der Cash-Flow ist für die Nettoinvestitionen zu tief.

Endlich aber verspricht uns der Stadtrat im Bericht zum Voranschlag die von uns seit Jahren geforderte Priorisierung der Investitionen vorzunehmen oder sogar eine Verzichtsplanung anzugehen. Denn der tiefe Zinssatz für Fremdkapital darf nicht zu hoher Verschuldung verleiten, da deren spätere Refinanzierung vermutlich nicht mehr so günstig zu haben sein wird. Dass der Stadtrat diese Hausaufgaben auf den Budgetierungsprozess hin noch nicht erledigt hat, sondern sich erst zu einem späteren, vagen Zeitpunkt der politischen Diskussion um die Verzichtsplanung stellen möchte, hinterlässt ein etwas ungutes Gefühl, was die Zuverlässigkeit des vorliegenden Voranschlags betrifft.

Trotzdem kann dem Stadtrat für die Budgetierung 2014, ohne die langfristige Finanzplanung, ein recht gutes Zeugnis ausgestellt werden. Die heiklen Voranschläge zur Finanzplanung erfolgen ab dem nächsten Jahr. Entsprechend wurden in den Kommissionen auch nur wenige Anträge zum Budget 2014 diskutiert. Den vorliegenden Voranschlag zum Budget 2014 unter Beibehaltung des Steuerfusses kann unsere Fraktion stützen und lehnt die punktuellen Kürzungsanträge mehrheitlich ab, wo diese nur zum Schein erfolgen oder mehr schaden statt einsparen. Denn die Stadt Uster soll für die gesamte Bevölkerung eine lebendige und lebenswerte Wohnstadt am Wasser bleiben. Freut sich, dass Kürzungsanträge nicht mehr gestellt werden.

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Claudia Bekier

Stellungnahme der SVP/EDU-Fraktion zum Voranschlag 2014 der Stadt Uster

Die SVP/EDU-Fraktion nimmt den Voranschlag 2014 mit einer gewissen Skepsis zur Kenntnis und lässt sich von dieser knappen roten Null nicht wesentlich beeindrucken. Die Globalkredite nehmen zwar optisch „nur“ um rund 1 Mio. Franken zu. Die ausgewiesene Erhöhung des Globalkredites ist insofern nicht ganz transparent, als dass die im Jahr 2013 budgetierten (aber nicht benötigten) BVK-Beiträge im nun vorliegenden, neuen Voranschlag nicht mehr anfallen. Dementsprechend ist die Differenz zwischen Globalkredit 2013 und 2014 effektiv doch deutlich höher. Insbesondere fallen die beiden Geschäftsfelder Primarschule und Betreutes Wohnen mit höheren Globalkrediten auf.

Die Steuererträge der natürlichen Personen zeigen sich weiterhin solide und stabil. Bei den juristischen Personen darf mit einer weiteren positiven Entwicklung der Steuern gerechnet werden. Diesen Einnahmen ist vermehrt Sorge zu tragen, insbesondere da Uster massiv vom Finanzausgleich profitiert, resp. wohl noch über Jahre hinweg darauf angewiesen sein wird. Die Zentrumslasten machen sich auch bei der drittgrössten Stadt im Kanton Zürich bemerkbar.

In der Investitionsplanung 2014 ist ersichtlich, dass die uns seit längerem bekannten Grossprojekte nun in die Realisationsphase gelangen. Den immer wieder bemängelten Investitionsstau kann unsere Fraktion bei einem beantragten Volumen von rund 25 Millionen Franken nicht erkennen. Was jedoch deutlich erkennbar ist, ist die Tatsache, dass diese Investitionen nur noch gut zur Hälfte aus dem Cash-Flow finanziert werden können. Die Differenz muss dem Nettovermögen entnommen- respektive über neue Darlehensaufnahmen finanziert werden. Demzufolge ist bei der Haushaltrechnung Mass zu halten und einmal mehr verlangen wir, dass Notwendiges vor Wünschbares gestellt wird.

Es zeigt sich, dass bei einer Zunahme der verzinslichen Verschuldung und erhöhten Belastungen durch Kapitalfolgekosten die stetigen Kostenentwicklungen im laufenden Haushalt eingedämmt werden müssen. Die Fraktion verlangt deshalb eine generelle Leistungsüberprüfung im

Geschäftsjahr 2014, deren Ergebnisse dann bereits verbindlich in den Voranschlag 2015 einfließen müssen.

Uster, den 2. Dezember 2013

SVP/EDU-Fraktion Gemeinderat Uster

Verantwortlich: Claudia Bekier, GR

Patricio Frei

Budget 2014 – Eintretensreferat der Grünen

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Wir Grünen wurden in der Behandlung des Voranschlags für einmal unserem Ruf nicht gerecht. Punktuell haben wir nämlich Sparanträge eingebracht und unterstützt – mit Umsicht, da wo es tatsächlich Einsparpotential gibt, statt mit dem Zweihänder wie die FDP – und sind damit teils auf offene Ohren gestossen.

Zuerst aber das Lob: Eigentlich kann die Stadt Uster mit dem ausgeglichenen Voranschlag 2014 zufrieden sein. Vor allem wenn man sieht, in welcher finanziellen Schieflage sich andere Städte und Gemeinden im Kanton Zürich befinden. Uster hat in den letzten Jahren regelmässig ausserordentliche Abschreibungen in Millionenhöhe getätigt, Schulden abgebaut oder zu günstigeren Konditionen refinanziert. Alles im Lot? Nein, es zeigen sich dunkle Wolken am Horizont.

Das Nettovermögen soll um 9 Millionen Franken reduziert werden. Mehrere Grossprojekte stehen vor der Tür. Beschlossen sind die Renovation des Hallenbads und der Neubau des Schulhauses Krämeracker. Hinzukommen sollen das Zeughausareal und vielleicht die Unterführung Winterthurerstrasse – um nur die wichtigsten zu nennen. Gar nicht zu reden von der Umsetzung des bereits vorhandenen Velokonzepts oder des Nachhaltigkeitsartikels in der Gemeindeordnung. Zudem muss beim Unterhalt der Bauten und der Infrastruktur nachgeholt werden, was in den vorangegangenen Jahren vernachlässigt wurde.

Der Abnahme des Nettovermögens unter die vom Stadtrat gesetzte Marke von 1'000 Franken pro Einwohner wird nicht proaktiv begegnet – wie wenn es dagegen keine Mittel gäbe. Der Stadtrat täte gut daran, hier Gegensteuer zu geben, zeichnet sich doch ab, dass viele Investitionen der kommenden Jahre mit Fremdkapital finanziert werden müssen. Die Grünen befürchten, dass die Stadt für diese Politik dannzumal einen hohen Preis bezahlen wird. Eine vom Stadtrat in Betracht gezogene Veräusserung des Finanzvermögens zur Finanzierung der Grossprojekte kommt für die Grünen nicht in Frage. Das wäre ein Rückfall in überwunden geglaubte, düstere Jahre der Ustermer Finanzpolitik.

Die Grünen werden einen anderen Weg vorschlagen. Wir werden den Antrag auf eine Erhöhung des Steuerfusses um 2% auf 93% stellen. Damit soll sichergestellt werden, dass das Nettovermögen in den kommenden Jahren nicht vollständig abgebaut wird.

Dann noch etwas Formales: Eigentlich sind wir bei der Anwendung des New Public Managements den Geburtswehen entwachsen. Noch fehlen aber in einigen Geschäftsfeldern oder Leistungsgruppen Ziele und Indikatoren gänzlich. Dieses Manko muss sowohl von den gemeinderätlichen Kommissionen wie auch von der Verwaltung in den kommenden zwei Jahren behoben werden.

Wir Grünen beginnen unser Eintretensreferat zum Voranschlag 2014 mit einem Lob und wir beenden es auch mit einem solchen. An dieser Stelle möchten wir einen Teil würdigen, der kaum

beachtet und Gesprächsstoff in der Debatte liefert: Der Bericht zum Voranschlag. Da stecken viele Stunden Arbeit drin und er stellt dem Gemeinderat viele grundlegende Informationen zur Finanzpolitik zur Verfügung. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön den Verfasserinnen und Mitautoren.

*Patricio Frei
Fraktionspräsident Grüne*

4.3 LA Parlamentarische Dienste

Es referiert **Claudia Wyssen**

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Gemeinderäte
Werte Anwesende*

Die Leistungen der parlamentarischen Diensten sollten zumindest den Parlamentariern ausreichend bekannt sein, weshalb hier nicht darauf eingegangen wird.

Die Geschäftsleitung des Gemeinderates plant einen Ausbau des Ratsinformationssystems. Da hierzu aber noch keine konkreten Zahlen vorliegen, hat sich die Geschäftsleitung entschieden, noch keinen Betrag fürs Budget 2014 dafür einzustellen. Die Geschäftsleitung wird im nächsten Jahr mit einem konkreten Antrag an den Gemeinderat gelangen.

Der Globalkredit für die parlamentarischen Dienste beträgt CHF 543'000.-. Die beantragten Stellen betragen wie bisher 0.8. Konkrete Investitionen sind momentan keine vorgesehen.

Die Geschäftsleitung des Gemeinderates hat das Geschäftsfeld Parlamentarische Dienste einstimmig gut geheissen und auch die Rechnungsprüfungskommission hat keine Bemerkungen dazu.

seitens der GL Claudia Wyssen

4.4 GF Steuerung und Führung

Es referiert **Thomas Wüthrich**

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Die Marketingaktivitäten der Stadt Uster konzentrierten sich im laufenden Jahr auf die Mitarbeitenden der Stadt, auf die Stadt als Ganzes und auf die Region Zürcher Oberland. Im 2014 soll Uster innerhalb des gesamten Kantons bekannter gemacht werden. In diesem Zusammenhang ist der erfolgte Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit als auch die Mitwirkung in der Standortförderung Zürcher Oberland zu sehen.

In der KÖS wurde ein Antrag gestellt, die Beitragszahlung an die Standortförderung Zürcher Oberland im Betrag von Fr. 81'000 zu kürzen. Der Antrag wurde mit 5 : 1 Stimmen abgelehnt. Dagegen sprach der Umstand, dass Uster eine laufende Vereinbarung für die Jahre 2013 bis 2015 nicht aufkündigen soll und dass zuerst konkrete Ergebnisse abgewartet werden sollen, bevor Uster sich allenfalls aus der Standortförderung Zürcher Oberland zurückziehen wird. Das Thema, in welche Richtung Uster sich hauptsächlich orientieren soll, ob Richtung Glatttal oder Richtung Oberland, kommt im kommenden Jahr auf die politische Agenda und Ende 2015 wird dann mit entsprechenden Budgetbeträgen die Richtung definiert. Der Antrag wurde auch in der RPK mit 7 : 1 Stimme abgelehnt.

Folgerichtig zum ersten Antrag wurde dann auch ein zweiter Antrag, das Ziel Z 18 in der LG Standortförderung, das die regionale Standortförderung zum Inhalt hat, mit 5 : 1 Stimmen abgelehnt. Die RPK folgte der KÖS und lehnte den Antrag mit 7 : 1 Stimmen ab.

Ein dritter Antrag betraf die Einführung eines neuen Ziels und eines entsprechenden Indikators in der LG Controlling zum Thema IKS. Die Subkommission der KÖS hat sich in einer Sondersitzung mit der Verwaltung intensiv mit dem Thema fehlender Ziele und Indikatoren in einzelnen

Leistungsgruppen des GF auseinandergesetzt. Es wurden vielversprechende Lösungsansätze gefunden, die spätestens im Voranschlag 2015 ihren Niederschlag finden werden – oder sollen. In diesem Sinne wurde dieser Antrag zur "Unzeit" gestellt und mit 6 : 1 Stimmen abgelehnt. Die RPK bekräftigte, dass der Antrag zu einem späteren Zeitpunkt, im Zusammenhang mit der Abnahme der Jahresrechnung 2013, nochmals gestellt werden solle. Die Verwaltung wird aber auch von sich aus die beantragten Neuerungen prüfen und in die Leistungsgruppe integrieren.

Die KÖS hiess das GF Steuerung + Führung in der Schlussabstimmung einstimmig gut. Ebenso entschied die RPK.

Für die KÖS

Thomas Wüthrich, Gemeinderat

4.5 GF Bürgerrecht und Dienste

Es referiert **Wolfgang Harder**

Im Vorfeld wurde den zuständigen Amtsstellen ein umfangreicher Fragekatalog zugestellt, der von der Verwaltung klar und nachvollziehbar beantwortet wurde.

Die ausgewiesenen Kostensteigerungen im Globalkredit fallen im Rahmen aus und sind mehrheitlich durch die normalen Kostensteigerungen zu erklären.

Aufstockung Stadtammann- und Betreibungsamt um eine Stelle.

Vorgesehen ist eine zusätzliche Stelle. Diese wird offenbar nötig, weil die Arbeitslast enorm zugenommen habe. Geplant ist, die Kosten für diese zusätzliche Stelle neutral zu halten, indem mehr Einnahmen generiert werden. Aufgrund der zur Verfügung gestellten Zahlen kann davon ausgegangen werden, dass diese Kostenneutralität erreicht werden kann. Berücksichtigt werden müssen indessen auch noch Kosten, die sich aus einer stattlichen Anzahl übernommener Überstunden, die abgebaut werden müssen, ergeben könnten.

Klärungsbedarf gab es auf der Seite C/2, Wert BU von 112K in der Zeile GF Bürgerrecht und Dienste Präsidiales. Der Gesamtaufwand für das GF Bürgerrecht und Dienste Präsidiales ist für 2012 mit 112'200 Franken budgetiert. Der Budgetwert 2011 betrug nur 66'680 Franken, mithin eine Differenz von +45'520 Franken Anstieg von 2011 auf 2012.

Erklärt wurde dies wie folgt:

Gesamtaufwand 2012	112'200 Franken
Gesamtertrag 2012	0 Franken (keine interne Verrechnung Personalertrag geplant)
Budgetwert 2012	112'200 Franken

Gesamtaufwand 2011	98'480 Franken
Gesamtertrag 2011	31'800 Franken (Falschbudgetierung 32k interne Verrechnung Personalertrag)
Budgetwert 2011	66'680 Franken

Offenbar basieren die im Budget 2011 ausgewiesenen 31'800 Franken interne Verrechnung Personalertrag auf einem Automatismus der Finanzen. Dieser war falsch und wurde korrigiert.

Geklärt werden konnte auch C6 zu K 13, Wert BU 12, Anzahl Fälle pro Mitarbeitenden:

Hier ist es so dass der angeführte Wert von 1278 nicht korrekt ist, da er sich noch auf die 9 Mitarbeitenden bezog. ($11500/9 = 1278$). Der Budgetwert K13 beträgt neu (bezogen auf 10 Mitarbeitende) = 1150.

Die Frage der internen Verrechnungen gab auch bei anderen Budgetpunkten zu Fragen Anlass. So z.B. beim Bereit LG Friedensrichter, Seite CF. Auch basieren die Kostensteigerungen auf Mehrausgaben für interne Verrechnung (Informatikmittel +3).

Die LG Info Uster steht personell unter Druck. Daher wird ein digitales Informationssystem geplant, mit welchem eine raschere und genauere Orientierung der Kunden angestrebt wird. Die Planung läuft zwar, doch sind relevanten Details noch nicht erkennbar. Daher ist auch noch kein eigener Budgetposten aufgelistet.

Ausdrücklich gelobt werden muss die konstruktive und sehr offene Zusammenarbeit mit der Verwaltung und der Exekutive. Die Fragen werden offen und kompetent beantwortet und alles in allem zeigt sich, dass die Verwaltung gute Arbeit leistet und die Kosten im Griff hat.

Für die KÖS, Wolfgang Harder, Gemeinderat, CVP

Martin Bornhauser ergreift das Wort. Bei einer Gebühr müssen per Definition die Einnahmen die verursachenden Leistungen decken. Der Gemeinderat hat einst Druck gemacht, dass die hohen Gebühren gesenkt werden müssen. Aber wir nehmen den vorliegenden Antrag an und hoffen, dass die Kritik betreffend zu hohen Gebühren nicht mehr kommt.

Antrag

In der LG Bürgerrecht soll I 03 von 60 % auf 100 % gesetzt werden. (Seite C 3)

Abstimmung

**Der Gemeinderat beschliesst
mit 30 : 3 Stimmen
der Antrag ist angenommen.**

4.6 GF Kultur

Es referiert **Matthias Bickel**

Sehr geehrte Präsidentin, geschätzte Anwesende

*Das **GF Kultur** möchte sich im kommenden Jahr auf die Bereiche **Kulturinformation, Kulturorte, Kultur + Schule, Jazz in Uster** und auf den **Neubau des Stadtarchivs** konzentrieren.*

*Das GF Kultur beantragt für 2014 daher einen **Globalkredit** von CHF 3'695'000, was gegenüber dem Budget 2013 einer Zunahme von 2.7% / CHF 97'000 entspricht. Die Kostenerhöhung setzt sich aus folgenden Elementen zusammen: 20 Stellenprozente mehr für die Sekretariatsstelle des GF-*

Leiters Kultur und für die Kulturkommunikation - womit das GF Kultur neu 14.5 Stellen betreiben würde. Des Weiteren gehen CHF 165'000 mehr an den Holzwurm und in die Jugendarbeit der Ustermer Vereine und CHF 21'000 sind geplant für das Stadtarchiv.

In der **Investitionsrechnung** 2014 werden CHF 200'000 für den Planungskredit des Stadtarchivs veranschlagt.

Weitere Einzelheiten zum GF und ihren LG lassen sich in der übersichtlichen Einleitung auf Seite D/1 nachlesen. Folgende Punkte aus der Diskussion seien hingegen kurz erläutert:

LG Kultur

In der LG Kultur verfolgt man das Ziel, dass sich das **Central** zusammen mit dem Kino Otopia zu einem Kulturort mit klarer Identität und überregionaler Ausstrahlung entwickelt. Das Parterre des Centrals möchte man fix einer Organisation vermieten, die ein kuratiertes und kontinuierliches Programm anbietet. Mit dem Wechsel sollen mehr Veranstaltungen durchgeführt und das Central für ein breiteres Publikum geöffnet werden. Dritten Organisationen steht die Möglichkeit aber weiterhin offen, die Räumlichkeiten zu mieten.

Im Bereich **Jazz** will man im kommenden Jahr neue Leistungskontrakte abschliessen, um den Jazz wie auch vermehrt die Live-Musik-Kultur in Uster zu fördern. Die Stadt Uster kann jedoch keine Projekte vollumfänglich unterstützen, sondern es müssen weiterhin private Lösungen gefunden werden.

LG Soziokultur

Neben der Jugendarbeit soll auch die Arbeit mit Kindern mehr Unterstützung erhalten und die Steuerbarkeit des Gesamtangebots verbessert werden.

Die durch Beschluss des Gemeinderates ins Leben gerufene **Jugendförderung in den Ustermer Vereinen** läuft gut, der Maximalbeitrag von CHF 250'000 wird auch 2014 vermutlich noch nicht erreicht.

In der Kulturvermittlung soll in jedem Schulhaus ein **Kulturdelegierter** eingesetzt werden, der dafür besorgt ist, dass jedes Schulkind im Rahmen von Schule&Kultur profitieren kann. Diese Massnahme hat keine Erhöhung des Personalbestands zur Folge, da diese Aufgabe durch die bestehende Belegschaft übernommen wird.

Das **Mütterzentrum** kann 2014 (nach dem Rückzug des Kantons aus dem Familienzentrum) durch die Stadt aufrechterhalten, für 2015 muss jedoch eine neue Lösung gefunden werden.

LG Stadtbibliothek

Das Budget der **Stadtbibliothek** fällt gleich wie letztes Jahr aus, was der Forderung des Gesamtstadtrates entspricht, wonach das Gesamtbudget der LG nicht höher sein dürfe als im Vorjahr.

Der Kontrakt zur **Regionalbibliothek** zwischen Stadt und Kanton kann vermutlich erst Ende 2013 verhandelt werden.

LG Stadtarchiv

Im kommenden Jahr will man das **Vorprojekt zum Neubau** des Stadtarchivs umsetzen und das Submissionsverfahren eröffnen. 2014 soll auch das neue Records Management flächendeckend operativ sein.

Anträge

Folgende Anträge wurden im Laufe der Beratungen gestellt; die Resultate der RPK seien bei dieser Gelegenheit ebenfalls erwähnt, da von der Kommission kein separates Referat zum GF Kultur gehalten wird:

*Der Antrag, den Globalkredit um **CHF 12'000** zu reduzieren mit dem Hintergrund, die 20 Stellenprozente des neuen Kultursekretariates der LG Kultur zu kürzen, wurde in der KBK mit 5:4 und in der RPK mit 4:4 und Stichentscheid des Präsidenten **angenommen**.*

*Der Antrag, den Globalkredit um **CHF 60'000** zu kürzen, um die beantragte Erhöhung des Abenteuerspielplatzes Holzwurm kostenneutral zu gestalten, wurde in der KBK mit 7:2 und in der RPK mit 7:1 Stimmen **abgelehnt**.*

Die Diskussion in der RPK hat zu keinen nennenswerten neuen Erkenntnissen oder weiteren Anträgen geführt.

Für die Kommission,

Matthias Bickel.

Lucia Thaler

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Geschätzte Anwesende,

Im GF Kultur läuft einiges. Wir von der SP-Fraktion begrüßen den Schwung und die Aufbruchstimmung und freuen uns auf die Umsetzung der interessanten Projekte.

Das Kulturangebot ist der Bereich, über den sich eine Stadt einen guten Namen machen kann und ihren EinwohnerInnen etwas bieten. In Gesprächen über die Attraktivität von verschiedenen Städten kommt man immer ziemlich schnell auf das kulturelle Angebot zu sprechen. Obwohl das kulturelle Angebot für die Bevölkerung so wichtig und wahrnehmbar ist, betragen die Ausgaben dafür nicht viel, nämlich 3.5% vom totalen Globalbudget. Kürzungen bei der Kultur aus reinem ideologischen Sparwahn schlagen als Bumerang zurück und schwächen die Attraktivität von Uster. Wir wollen eine Stadt, die kulturell etwas zu bieten hat.

Dass auch im GF Kultur administrative Arbeiten anfallen, ist logisch. Und dass diese besser von einer Sekretariatsstelle als vom höher bezahlten Leiter des GF ausgeführt werden, ist ebenso logisch – gerade aus finanziellen Überlegungen. Dass die Antragsteller nicht mal diese finanziellen Argumente gegen die Kürzung berücksichtigen, zeigt, dass der vorliegende Kürzungsantrag aus reinem bürgerlichen Prinzip gestellt wurde: Bei Leistungen für die Allgemeinheit sparen bis zum Gehnichts mehr, und das alles nur für Steuergeschenke für die Reichen.

Wir von der SP-Fraktion lehnen den Kürzungsantrag in der Kultur entschieden ab und wollen stattdessen ein blühendes Kulturleben für Uster, das der ganzen Bevölkerung etwas bietet.

Lucia Thaler

Martin Bornhauser führt folgendes Szenario vor: Ein KMU-Betrieb mit 30 Mitarbeitern. Die wesentlichen Geschäfte macht der Geschäftsleiter selber. Aber kann man sich vorstellen, dass dieser Betrieb kein Sekretariat hat? Wohl kaum! Vorliegend haben wir genau diese Situation. Der Kulturbeauftragte ist der Chef, er hat keine Sekretärin und macht alle administrativen Arbeiten selber. Zu Kosten eines Geschäftsfeldleiters. Man hat jetzt versucht, ehrlich zu sein und für wenigstens einen Tag eine Sekretariatsstelle einzuplanen und dafür nicht mehr Überzeit ausbezahlen zu müssen. Er versteht nicht, dass man bei einem solchen finanziellen Volumen an CHF 12'000 sparen kann.

Gusti Hofmann

*Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Wir Grünen können diesen Kürzungsantrag nicht nachvollziehen. Zum Stadtortmarketing gehört auch die Kultur.

Je besser das kulturelle Angebot und dazu gehört auch die begleitende Kommunikation, umso mehr wird Uster als Wohnstadt im Zürcher Oberland wahrgenommen und nicht nur als Wohnstadt am Wasser.

Dazu gehört sicher, dass der Kulturbeauftragte von Routinearbeiten entlastet wird durch eine 20% Sekretariatsstelle. Das ist auch finanziell günstiger in Anbetracht, dass schon dem Vorgänger zusätzlich massive Ueberstunden ausbezahlt werden mussten.

Wir Grünen lehnen den Kürzungsantrag über Fr. 12'000 ab.

Gusti Hofmann

Marianne Siegrist

Den neuen Schwerpunkten und Ideen des Kulturbeauftragten steht die FDP/JFU Fraktion positiv gegenüber, wir möchten seinen Elan keinesfalls bremsen.

Trotzdem unterstützen wir den Kürzungsantrag für die geplante Sekretariatsstelle von 12'000 Franken, mindestens für das Jahr 2014. Wir sind der Meinung, dass neue Ideen auch kostenneutral umgesetzt werden können. Wir möchten dem Kulturbeauftragten Zeit geben, um seine Prioritäten zu setzen, die mit den bestehenden 70 Stellenprozenten zu bewältigen sind.

Martin Bornhauser ergreift nochmals das Wort und führt aus, dass er weder in der KBK noch in der RPK Gelegenheit hatte, Stellung zum Kürzungsantrag zu nehmen. Dass der Kulturbeauftragte kein Sekretariat braucht, damit ist er einverstanden, aber der Geschäftsfeldleiter benötigt die 20 %!

Kürzungsantrag

Der Globalkredit sei um CHF 12'000 zu kürzen, welche den veranschlagten 20-Stellenprozenten des neuen Kultursekretariats der Leistungsgruppe Kultur entsprechen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 5 : 24 Stimmen

abgelehnt.

4.7 GF Finanzen

Es referiert **Markus Wanner**

Ich fasse die Diskussionen und Entscheide der KÖS und der RPK in diesem Referat zusammen.

Das Geschäftsfeld Finanzen beantragt einen gegenüber dem Vorjahr tieferen Globalkredit von CHF 644'000.-. Der Stellenplan bleibt mit 26 Stellen unverändert.

Die Subkommission KÖS konnte den Voranschlag mit Stadtrat Werner Egli und dem Abteilungsleiter Finanzen, Patrick Wolfensberger besprechen.

Im Geschäftsfeld Finanzen kam es innerhalb der Leistungsgruppen zu Änderungen der Globalkredite. Diese wurden anlässlich der Sitzung begründet. Die Kommission wünscht, dass grössere Änderungen gleich nach der Aufstellung des Globalkredits mit einem Kommentar erläutert werden, wie dies zum Teil auch in anderen Geschäftsfeldern üblich ist.

Wichtig scheint der Kommission, dass die Überprüfung des Beitragswesens, welche aus personellen Gründen erst im 2. Semester 2013 gestartet werden konnte, auch tatsächlich im 2014 abgeschlossen werden kann.

Bei der LG Finanz- und Rechnungswesen (Seite E/3) wurden die Indikatoren I01 und I02 betr. IKS-Weisungen diskutiert. Die Gesamtverantwortung über das IKS der Stadtverwaltung liegt nicht bei der LG Finanz- und Rechnungswesen, sondern bei der LG Controlling. Dort findet sich aber kein Hinweis auf das IKS, weder als Wirkungs- und Leistungsziel, noch als Indikator. Die Kommission war daher der Meinung, dass das Thema IKS in der LG Controlling aufgenommen, aber auch in der LG Finanz- und Rechnungswesen beibehalten werden sollte. Daher wurde der Antrag, den Indikator I01 gleich zu belassen wie im Vorjahr und mit einer neuen Kennzahl K05 „Anzahl IKS-Weisungen im Verhältnis zum Total der IKS-Weisungen“ zu ergänzen einstimmig angenommen. Bei der nächsten KÖS-Sitzung 3 Wochen später wurde dann aber bei der Besprechung des GF Steuerung und Führung, LG Controlling der Antrag, IKS als Wirkungs- und Leistungsziel mit einem entsprechenden Indikator aufzunehmen, abgelehnt. Begründung war, dass solche Änderungen allenfalls im Voranschlag 2015 aufgenommen werden sollten und so genügend Zeit bleibt, diese Änderungen detailliert auszuarbeiten. Die RPK hat sich dieser Haltung angeschlossen. Sie ist der Meinung, dass solche Anträge anlässlich der Abnahme der Jahresrechnung, in Zusammenhang mit der Leistungs- und Wirkungsüberprüfung, gestellt werden sollten. Daher hat die RPK den Antrag einstimmig abgelehnt.

Bei der LG Informatik (Seite E/7) wurden über die Kosten pro Arbeitsplatz und über den Einsatz von Spezial-Softwareapplikationen diskutiert. Damit die Kosten transparenter werden wurde der Antrag gestellt, die Kosten mit und ohne Spezial-Softwareapplikationen auszuweisen, d.h. nebst der Kennzahl K04 auf Seite E/8 gleich zu belassen wie im Vorjahr, noch eine Kennzahl K05 „Kosten pro Basisarbeitsplatz ohne Spezialsoftwareapplikationen“ aufzunehmen. Der Antrag wurde in der KÖS einstimmig angenommen. Die RPK hat diesen Antrag, ebenfalls einstimmig, abgelehnt, mit der gleichen Begründung wie bei der LG Finanz- und Rechnungswesen.

In der KÖS wurde dann an der 2. Sitzung der Besprechung des Voranschlags der Antrag gestellt, den Globalkredit im GF Finanzen um CHF 50'000.- zu kürzen mit der Begründung „Fokus auf die Informatikapplikationen“. Der Antrag wurde in der KÖS mit 5:2 Stimmen angenommen. In der RPK wurden auch die vielen Spezial-Softwareapplikationen diskutiert. Exekutive und Verwaltung konnten aber aufzeigen, dass mit der Kürzung nichts betr. Anzahl Spezial-Softwareapplikationen bewirkt wird. Die Anzahl Spezial-Softwareapplikationen sind aber ein Thema und werden überprüft. Die RPK hat anschliessend den Kürzungsantrag einstimmig abgelehnt.

In der RPK wurde noch ein weiterer Antrag gestellt: „Der Globalkredit sei um CHF 30'000.- zu erhöhen. Begründung: Erhöhung der Entwicklungshilfe“. Dieser Antrag wurde in der RPK mit 4:4 und Stichtscheid des Präsidenten abgelehnt.

Die KÖS beschliesst mit 7:0 dem Gemeinderat zu beantragen, den Leistungsauftrag und den geänderten Globalkredit des GF Finanzen zu genehmigen. Die RPK beschliesst einstimmig dem Gemeinderat zu beantragen, den Leistungsauftrag und der vom Stadtrat beantragte Globalkredit des GF Finanzen zu genehmigen.

Thomas Wüthrich

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Manch einer von uns hat sich die Augen gerieben, als er die Kennzahl K03 auf Seite E/8 gesehen hat. Erstmals wurde diese Kennzahl aufgeschlüsselt und es wurde ersichtlich, dass in der Stadtverwaltung insgesamt 168 Spezial-Softwareapplikationen installiert sind. Durchschnittlich jeder zweite PC hat ein eigenes Profil, hat also ein Innenleben wie kein zweiter PC innerhalb der Stadtverwaltung. Wartung und Unterhalt werden unter solchen Voraussetzungen nie effizient durchgeführt werden können.

Irgendwie kann man sich des Eindrucks eines Informatik-Wildwuchses nicht erwehren.

Aus diesem Grund hatten die Grünen in der KÖS einen Kürzungsantrag des Globalkredits in der LG Informatik gestellt. 50'000 Franken sollte die LG einsparen. Dies war weniger als unmittelbarer Sparauftrag zu verstehen. Vielmehr sollte dies ein Wink mit dem Zaunpfahl sein, dass laufend steigende Informatikkosten nicht einfach mehr so hingenommen werden.

Es ist löblich, dass die LG Informatik bestrebt ist, Transparenz zu schaffen. Es ist aber auch unumgänglich, dass die LG eine Steuerungsfunktion wahrnimmt, und nicht mehr alle Software-Wünsche aus den Abteilungen erfüllen kann. Ein möglichst einheitliches Profil auf den PCs der Stadtverwaltung muss das Ziel sein. Und deshalb muss auch der bestehende Software-Wildwuchs zurückgestutzt werden.

Und schliesslich muss sich die LG Informatik überlegen, ob das System langfristig nicht auf Linux und OpenOffice umgestellt werden soll, wie das die Stadt München in den letzten 10 Jahren erfolgreich gemacht hat. Damit liesse sich Geld sparen, die Abhängigkeit von Multis vermindern, und das Aushorchen durch die NSA eher vermeiden.

Da die LG Informatik in der Diskussion in der RPK-Sitzung glaubhaft darlegte, dass sie gewillt ist, innerhalb der Stadtverwaltung den IT-Bereich stärker zu koordinieren und eine Führungsfunktion wahrzunehmen, verzichten wir Grüne darauf, den Kürzungsantrag zu unterstützen. Aber wir bleiben dran!

*Thomas Wüthrich
Gemeinderat, Grüne*

Patricio Frei

Antrag Erhöhung Beitrag an die internationale Entwicklungszusammenarbeit

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Vielleicht erinnern Sie sich: Anfang Jahr habe ich die Zuwendungen einzelner Zürcher Gemeinden miteinander verglichen. Zürich schnitt damals am Besten ab mit 9 Franken pro Einwohnerin und Einwohner. Uster lag damals mit Abstand am Schluss: Unsere Zuwendungen betragen gerade mal 63 Rappen.

Das einzige, was sich seither verändert hat: Es gibt bei diesem Vergleich eine neue Vorzeigegemeinde – leider ist es nicht Uster. Hedingen im Bezirk Affoltern hat seine Beiträge auf 110'000 Franken erhöht. Das macht über 30 Franken für jeden der 3400 Einwohnerinnen und Einwohner. 30 Franken!

Uster dagegen verharrt bei einem Schnitt von 63 Rappen. Unsere Stadt ist doch nicht so knausrig! Die Erhöhung des Beitrag für die internationale Entwicklungszusammenarbeit auf 50'000 Franken ist moderat und der Durchschnittsbetrag würde auf über einen Franken klettern. Möchten wir aus Uster ein zweites Hedingen machen, wäre ein Betrag von über einer Million Franken nötig. Verglichen dazu nehmen sich die 50'000 Franken bescheiden aus, aber sie sind immerhin ein Anfang.

Weshalb soll denn eine Stadt wie Uster überhaupt einen Beitrag an die Entwicklungszusammenarbeit zahlen? 870 Millionen Menschen, die an Hunger leiden, sind Grund genug, etwas von unserem Glück und unserem Wohlstand über ein Hilfswerk mit anderen zu teilen – sei es ich als Einzelperson oder wir als Gemeinde.

*Patricio Frei
Fraktionspräsident Grüne*

Antrag betreffend Erhöhung des Globalkredit um CHF 30'000 betreffend Entwicklungshilfe.

Jean-François Rossier repliziert auf das Votum der Grünen. Mit öffentlichen Geldern Spenden ausrichten ist ja schon recht und gut. Er selber hat privat mit seiner Frau insgesamt CHF 2'200 Franken gespendet. Die Frage stellt er Patricio Frei, ob dieser privat auch gespendet hat.

Werner Egli ergreift das Wort. Das GF Finanzen wurde auch überrascht mit dem Kürzungsantrag über CHF 50'000, weil dieser nicht dann gestellt wurde, als die entsprechenden Vertreter in den Sachkommissionen waren und hätten Stellung nehmen können. Sie hatten nicht mal gewusst, welchen Bereich diese Kürzung betreffen sollte. Erst später war es klar, dass es die Informatik sein soll. Er erinnert daran, dass die Grundsätze von NPM verlangen, dass auch ein entsprechendes Wirkungs- und Leistungsziel angebracht werden muss, ansonsten das Ganze keinen Sinn ergibt.

Jürg Gösken

*Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Anwesende,*

ohne hier eine Grundsatzdiskussion zur Entwicklungshilfe zu führen, unterstützt unsere Fraktion eine moderate Anhebung des Budgets für Entwicklungshilfe.

Es gibt sehr gute Beispiele für erfolgreiche Hilfe zur Selbsthilfe, aber es hat auch Beispiele gegeben,

wo das Geld schlecht eingesetzt wurde. - Wir erhoffen uns, dass es dem Stadtrat, wie in anderen Geschäftsfeldern auch, gelingt das gesprochene Geld nur wirksam zu verwenden.

Mit Erhöhung des Budgetpostens wird nicht nur ermöglicht gute, langfristig angelegte Entwicklungshilfe zu fördern, sondern auch etwas Reserve für Nothilfe zu haben, um wie jüngst beim Taifun auf den Philippinen stärker zu helfen.

Dübendorf und Illnau-Effretikon haben je circa einen Franken pro Einwohner für die dringende Taifun-Hilfe geleistet, während Uster mit aktuell circa dreissig Rappen pro Einwohner auch mit der leichten Erhöhung hier künftig den Spielraum erhält, in ähnlichem Umfang Hilfe zu leisten - Ich danke.

Jürg Gösken

Kürzungsantrag

Der Globalkredit sei um CHF 50'000 CHF zu kürzen. Fokus sind die Informatikapplikationen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 25 : 6 Stimmen

abgelehnt.

Antrag

In der LG Finanz- und Rechnungswesen soll I 01 gleich belassen werden und mit neuer Kennzahl K 05 „Anzahl IKS-Weisungen im Verhältnis zum Total der IKS-Weisungen“ ergänzt werden. (Seite E 3)

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 19 : 14 Stimmen

angenommen.

Antrag

In der LG Informatik soll die Berechnungsart K 04 gleich belassen werden wie im Budget 2013 und neu durch K 05 „Kosten pro Basisarbeitsplatz ohne Spezial -Softwareapplikationen“ ergänzt werden.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 9 : 24 Stimmen

abgelehnt.

Abstimmung Antrag Grünen (Erhöhung des Beitrags an die Entwicklungshilfe um 30'000 Franken)

Der Gemeinderat beschliesst

mit 16 : 17 Stimmen

abgelehnt.

Es muss (nach der Verpflegungspause) nochmals über diesen Antrag abgestimmt werden, da beim Auszählen ein Fehler unterlaufen ist:

Abstimmung Antrag Grünen (Erhöhung des Beitrags an die internationale Entwicklungszusammenarbeit um 30'000 Franken)

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 : 17 Stimmen (Stichentscheid Präsidentin)

abgelehnt.

4.8 GF Liegenschaften

Es referiert **Markus Wanner**

Ich fasse die Diskussionen und Entscheider der KÖS und der RPK in diesem Referat zusammen.

Das Geschäftsfeld Liegenschaften beantragt einen Globalkredit von CHF 8'011'000.-, das sind CHF 221'000.- weniger als im Vorjahr. Der Stellenplan bleibt mit 41.5 Stellen unverändert.

Die Subkommission KÖS konnte den Voranschlag mit Stadtrat Werner Egli und dem Leiter Liegenschaften, Thomas Bornhauser, besprechen.

Diskutiert wurde u.a. die Kosten für das Label „European Energie Award Gold“. Auf dem Weg zu diesem Award wurde ein Aktivitätenprogramm 2012-2016 mit entsprechenden Massnahmen festgelegt, welche über verschiedene Projekte erfolgen. Dies wird im 2016 kontrolliert, die Kosten können aber nicht in Franken ausgedrückt werden.

In der LG Immobilienbewirtschaftung auf Seite F/2 wird erwähnt, dass die Instandhaltungsmassnahmen beschränkt werden. Hier wurde erläutert, dass die Unterhaltskosten in % des Gebäudeversicherungswertes angegeben werden. Dies sieht man im Indikator I03 auf Seite F4. Dieser Indikator zeigt die Unterhaltskosten der strategischen Gebäude im Durchschnitt der letzten 10 Jahre. Wichtig ist, dass dieser Wert kontinuierlich steigt, bis er rund 2 % erreicht, da die städtischen Gebäude punktuell einen Instandhaltungsrückstand aufweisen. Der empfohlene Wert von 2 % setzt sich aus 1 % für die Instandhaltung und 1% für die Instandsetzung zusammen. Auf Seite F/12 sieht man dann die jährlichen Unterhaltskosten als Momentaufnahmen für 2014.

Weder in der KÖS noch in der RPK wurden Anträge gestellt.

Die KÖS und die RPK beschliessen jeweils einstimmig dem Gemeinderat zu beantragen, den Leistungsauftrag und den Globalkredit des GF Liegenschaften zu genehmigen.

4.9 GF Infrastrukturbau und Unterhalt

Es referiert **Silvio Foiera**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Ratsmitglieder, sehr geehrte Anwesende:

Die 33. KPB-Subkommissions-Sitzung vom 28. Oktober 2013 gab im Allgemeinen keinen Anlass zu Diskussionen.

Dem Wunsch nach Kennzeichnung der Prioritäten (sprich: Planung, bzw. Realisation) einzelner Projekte wurde bereits während der Sitzung entsprochen, bzw. eine entsprechende Liste abgegeben.

Dem weiteren Wunsch, nach etwas detaillierterer Aufschlüsselung der Investitionsposten innerhalb des GF, zwecks besserer Abschätzbarkeit, wurde ebenfalls entsprochen.

Dem Antrag, Infrastrukturbauten terminlich offen zu halten, d.h. dass diese über 2-3 Jahre flexibel umgesetzt werden können wurde zugestimmt. Allerdings mit dem Hinweis auf Berichterstattung. Eine bessere Einhaltung der Investitionsplanung kann so angestrebt werden.

Der Voranschlag zum Geschäftsfeld Infrastrukturbau und Unterhalt wurde von der KPB einstimmig gutgeheissen.

Seitens RPK sind zum genannten Geschäftsfeld keine weiteren Ergänzungen angebracht worden. Dem Antrag wurde ebenfalls einstimmig zugestimmt.

Balthasar Thalmann

Voranschlag 2014 Stadt Uster – Referat der SP-Fraktion zum GF Infrastrukturbau und Unterhalt

*Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Wir finden es im Grundsatz gut, dass die Investitionen im GF Infrastrukturbau und Unterhalt nun mittels Globalkredit gesteuert werden sollen.

So wie es im Voranschlag 2014 geregelt ist, macht uns allerdings noch nicht ganz glücklich:

Es ist Allgemeinwissen des politischen Usters:

Steuerung nach NPM passiert mit der Definition von

a) Wirkungs- und Leistungszielen

b) Leistungen

c) Finanzen

und jeweils dazugehörigen Indikatoren.

Mit dem Globalkredit für die Investitionen des GF Infrastrukturbau und Unterhalt bestimmen wir nur die Finanzen. Wenn wir als Gemeinderat etwas an diesem Globalkredit ändern wollen, dann müssen wir auch gleichzeitig sagen können, welche Leistungen wir nicht oder zusätzlich möchten. Dies ist nur möglich, wenn wir auch wissen, wie hoch die Kosten für die einzelnen Investitionen sind und wie die Vorhaben priorisiert werden.

Im Voranschlag 2014 fehlen aber sämtliche Angaben hierzu. Uns bleibt also gar nichts anders übrig, als dem Stadtrat zu vertrauen bzw. ihm die Entscheidungskompetenz zu überlassen. Fürs nächste Jahr können wir das hinnehmen. Für den Voranschlag 2015 erwarten wir allerdings, dass die ganze Sache wirklich NPM-mässig vervollständigt wird.

*Besten Dank.
Balthasar Thalmann*

4.10 GF Stadtraum und Natur

Es referiert **Ursula Räuftlin**

*Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen
geschätzte Anwesende*

Das GF Stadtraum und Natur beantragt für das Jahr 2014 einen Globalkredit über CHF 3.924 Mio. Dieser liegt um CHF 51'000 über dem Betrag für das laufende Jahr. Der Teil des Globalkredits ohne Kosten für den öffentlichen Verkehr reduziert sich um CHF 57'000 oder 3.7 %.

Der Beitrag an den ZVV wird sich wegen dem dichteren Fahrplan um CHF 120'000 erhöhen, was ja bereits in der Budgetdebatte 2013 angekündigt wurde. Diese Kosten werden aber immer noch um ca. CHF 200'000 tiefer sein als im Jahr 2012. Wir kriegen also für weniger Geld eine bessere Leistung.

Für Investitionen im Geschäftsfeld Stadtraum und Natur sind CHF 1.97 Mio. vorgesehen. Bei der Investition Nr. 171: Perrondachverlängerung Nänikon werden allerdings die Kosten tiefer sein als budgetiert, da das Projekt an der Gemeindeversammlung Greifensee abgelehnt wurde und somit nur die bisherigen Planungskosten zur Zahlung fällig werden. Der Hochwasserschutz am Riedikerbach kann nächstes Jahr endlich realisiert werden, da die verzögernden Einsprachen gegen das Projekt bereinigt werden konnten. Im Weiteren ist ein Wettbewerb für die Planung des Veloparks beim Bahnhofplatz vorgesehen.

Das GF gab in der Kommission zu keinen weiteren inhaltlichen Diskussionen Anlass. Die KPB empfiehlt einstimmig die Annahme dieses Geschäftsfeldes.

*Für die KPB
Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

4.11 GF Hochbau und Vermessung

Es referiert **Jürg Gösken**

*Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Anwesende*

folgende Punkte des Voranschlags des GF Hochbau und Vermessung wurden in der Kommissionsberatung hervorgehoben:

- 1. Bei den Bauberatungen entschied sich der Stadtrat nun doch gegen die Einführung einer neuen Gebührenregelung, stattdessen möchte man die bestehende Regelung nun konsequenter anwenden, weshalb man an den budgetierten Einnahmen festhält. Weiterhin möchte man damit weiterhin bei einfachen Anfragen kostenlos beraten und verspricht sich dadurch qualifiziertere Baugesuche, während bei aufwändigem Beratungsbedarf auf anfallende Gebühren aufmerksam gemacht wird. Kombiniert sollen damit auch unangemessene Buchhaltungsaufwände vermieden werden.*
- 2. Bei den Liegenschaftenentwässerungen sind die Inventarisierungsarbeiten abgeschlossen und werden entsprechend dem Massnahmenkatalog im Bauabrechnungsantrag zur Inventarisierung im Voranschlag angegangen.*
- 3. Die starken Schwankungen bei den einzelnen Leistungsgruppen zwischen Vorjahr und Budget erklären sich vor allem aus dem Kommentar des letztjährigen Voranschlags. Unter dem Strich neutralisieren sich diese fürs ganze Geschäftsfeld, während die restlichen Veränderungen im aktuellen Kommentar erläutert werden.*

Detailfragen und bezüglich Budgetierung unwesentliche Punkte konnten zudem hinreichend geklärt werden.

Der Voranschlag zum Geschäftsfeld Hochbau und Vermessung wurde von der KPB einstimmig gutgeheissen.

Seitens RPK sind zum Geschäftsfeld keine Ergänzungen angebracht worden und ebenfalls einstimmig verabschiedet. Auf ein separates RPK-Referat wird verzichtet.

*Für die Kommission Planung und Bau
Jürg Gösken*

4.12 GF Koordination Bildung

Es referiert **Lucia Thaler**

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Geschätzte Anwesende,*

Der Voranschlag für das GF Koordination Bildung war in der KBK unumstritten. Folgendes wurde diskutiert: Die Kosten für die Musikschule steigen. Dies wird begründet einerseits mit einer Zunahme der Anzahl Musikschüler und andererseits mit höheren Mietkosten für Unterrichtsräume. Die Standortgemeinden sind zur kostenlosen Zurverfügungstellung der Infrastruktur verpflichtet. Aufgrund der allgemeinen Schulraumknappheit waren aber Zumieten notwendig. Ausserdem gibt es im Kanton Zürich eine neue Besoldungsgrundlage für Musiklehrpersonen, wodurch die Lohnkosten gestiegen sind.

In der KBK wurden keine Anträge zum GF Koordination Bildung gestellt und die KBK hat den Voranschlag einstimmig angenommen.

Lucia Thaler

4.13 GF Sicherheit

Es referiert **Marius Weder**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Anwesende

Der budgetierte Globalkredit im Geschäftsfeld Sicherheit auf S. K/1 lautet auf Fr. 3.354 Mio. und sieht damit eine Senkung gegenüber dem Vorjahr um Fr. 164'000.-- vor.

Zu beachten ist dabei, dass die Budgetzahlen zwischen der Leistungsgruppe Bevölkerungsschutz und der Leistungsgruppe Stadtpolizei vertauscht wurden. Die Senkung des Aufwandüberschusses bei der LG Stadtpolizei hat im Wesentlichen mit tiefer budgetierten Sozialleistungen (minus Fr. 110'000.--) sowie höher budgetierten Gebühreneinnahmen aufgrund der neuen Parkgebührenverordnung (plus Fr. 150'000.--) zu tun. Die Erhöhung des Aufwandüberschusses bei der LG Bevölkerungsschutz basiert im Wesentlichen auf tieferen Rückerstattungen des Kantons für Feuerwehreinsätze (minus Fr. 100'000.--).

Die KÖS empfiehlt den Globalkredit im Geschäftsfeld Sicherheit einstimmig zur Annahme.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

2. Dezember 2013

Marius Weder

Marius Weder

Referat zum Budget 2014, Geschäftsfeld Sicherheit, Fraktionsreferat

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Anwesende

Betrachtet man die Situation im Geschäftsfeld Sicherheit, so gibt es hinsichtlich des Globalbudgets aus unserer Sicht im Gegensatz zum Vorjahr nichts anzumerken. Ich kann dazu vollumfänglich auf die zuvor gehörten überzeugenden Ausführungen des Kommissionssprechers verweisen.

Etwas erstaunlich kommt hier aber im Voranschlag 2014 die Investitionsplanung 2014 und Folgejahre daher: Schaut man dort nach, wie viel im Geschäftsfeld Sicherheit bei der Leistungsgruppe Stadtpolizei für künftige Investitionen in Tempo 30 geplant wird, so erscheint dort gähnende Leere auf einen Zeitraum von vier Jahren hinaus. Dies im Gegensatz zu doch immerhin Fr. 200'000.-- im ablaufenden Jahr.

Hält man sich vor Augen, dass der Stadtrat im Jahr 2011 ankündigte, Tempo 30 auf entsprechende Anträge betroffener Quartiervereine hin in eigener Kompetenz einführen zu wollen, so kann wohl kaum ernsthaft angenommen werden, dass während der gesamten kommenden Legislaturperiode mit keinem einzigen derartigen Antrag eines Quartiervereins zu rechnen sei. Auch wenn offenbar aktuell keine derartigen Ausgaben bevorstehen, so wäre es im Sinne einer vorausschauenden Planung doch angezeigt, hier ab dem kommenden Jahr in der Investitionsplanung der Folgejahre zumindest einen hypothetischen Betrag einzusetzen, um nicht von plötzlich auftauchenden Kosten überrascht zu werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

2. Dezember 2013

Marius Weder

4.14 GF Publikumsdienste

Es referiert **Marius Weder**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Anwesende

Der budgetierte Globalkredit im Geschäftsfeld Publikumsdienste auf S. L/1 lautet auf Fr. 1.173 Mio. und sieht damit eine Senkung gegenüber dem Vorjahr um Fr. 45'000.-- vor. Während die Leistungsgruppe Einwohnerdienste eine Reduktion des budgetierten Aufwandüberschusses von Fr. 34'000.-- erfährt, sind es bei der Leistungsgruppe Zivilstandsamt Fr. 11'000.--.

Die Reduktion des Aufwandüberschusses bei der LG Einwohnerdienste in der Höhe von rund Fr. 34'000.-- setzt sich im Wesentlichen wie folgt zusammen: Beim Aufwand sind ein um Fr. 11'000.-- niedrigerer Personalaufwand aufgrund tieferer Sozialleistungen aus der Sanierung der BVK, ein um Fr. 7'000.-- niedrigerer Sachaufwand aufgrund des günstigeren Einkaufs von Hundekotsäckchen und ein um Fr. 31'000.-- höherer Aufwand für Entschädigungen aufgrund höherer Abgaben an den Kanton zufolge einer grösseren Anzahl behandelter Geschäfte zu verzeichnen. Beim Ertrag fallen demgegenüber um Fr. 3'000.-- gesteigerte Hundeabgaben an, da offenbar in der Stadt Uster mehr Hunde zu verzeichnen sind, sowie um Fr. 45'000.-- höhere Gebührenerträge, da wie erwähnt eine grössere Anzahl Geschäfte zu budgetieren sind.

Die KÖS empfiehlt den Globalkredit im Geschäftsfeld Publikumsdienste einstimmig zur Annahme.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

2. Dezember 2013

Marius Weder

4.15 GF Soziale Sicherheit

Es referiert **Bea Mischol**

*Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen
geschätzte Anwesende*

LG Sozialversicherung

Die Zusatzleistungen AHV/IV werden sich im Jahre 2014 im Vergleich zum Budget 2013 voraussichtlich reduzieren. Es sind keine wesentlichen Änderungen der gesetzlichen Bestimmungen und Anpassungen der Richtwerte, wie z.B. Teuerung vorgesehen. Zudem nimmt die Anzahl der Bezügerfälle derzeit nicht mehr in demselben Masse zu, wie in den Vorjahren. Neu richtet die kantonale Sozialversicherungsanstalt, auf Vorgabe der Gemeinden, die Prämienverbilligung immer direkt den Krankenkassen aus. Der Vorteil ist, dass kein Missbrauch des Beitrages des Staates an die KVG-Prämien mehr möglich ist. Vor der neuen gesetzlichen Bestimmung wurden Zahlungen auch direkt an die Versicherten getätigt!

LG Familienergänzende Betreuung (FEB)

*Die FEB-Hortangebote **sind weiter rückfällig**, wegen den schulergänzenden Tagesstrukturen. Aufgrund der in den letzten Jahren stark gestiegenen Elternbeiträge reicht der bestehende Rahmenkredit von 2 Mio. für die Finanzierung der Beiträge an die familienergänzende Betreuung weiterhin aus.*

LG Kindes und Erwachsenenschutz (KESB)

*Die 14 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen arbeiten nicht alle in einem Vollpensum. Deshalb **ist der bewilligte Etat von 12 Stellen nicht** gleich der Anzahl der Mitarbeiter/innen. Bei den total 870 Fällen handelt es sich um die Gesamtzahl Fälle, welche die KESB übernommen hatte. Ende 2012 hat die Vormundschaftsbehörde Uster, 395 Etatfälle geführt. (Etatfälle sind Bestandes-Fälle resp. laufende Fälle)*

In der Regel ist mit einer Abklärung eines Falles zu rechnen. Betreffend der Überführung der alten Massnahme in eine neue Massnahme sind aber zwei Abklärungen vorzunehmen.

(1 Berichtsprüfung und Entscheidfassung und 1 Überführung und Entscheidfassung)

Die KESB Uster muss 560 Massnahmen überführen. Das bedeutet: Beistandschaft prüfen sowie Aufträge an den Beistand.

Vorgängig muss aber die Massschneiderung erfolgen und damit auch die Überlegung, ob und in welchem Ausmasse die betroffenen Personen in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt werden muss.

Aus Abklärungen gibt es meistens Massnahmen.

Massnahmen sind: Vorkehrungen zum Schutz von Erwachsenen und Kindern z.B. auch eine Fürsorgerische Unterbringung

Aufwand durch Dritte, was bei den Kennzahlen K06 aufgeführt ist, sind Gutachten, Dolmetscher, der Beizug eines Rechtsanwaltes einer Rechtsanwältin und ärztliche Leistungen im Rahmen einer Fürsorgerischen Unterbringung gemeint.

In der KESB werden für die Stadt Uster im Jahre 2013 sicher keine höheren Kosten als budgetiert anfallen.

***Aus Sicht der RPK gibt es auch keine Bemerkungen.
Deshalb beantragen wir zur Annahme.***

Für den Gemeinderat Bea Mischol und Hans Keel

Es folgt eine halbstündige Pause mit Verpflegung.

Es muss nochmals über den Antrag aus dem Geschäftsfeld Finanzen abgestimmt werden, da beim Auszählen ein Fehler unterlaufen ist:

Abstimmung Antrag Grünen (Erhöhung des Beitrags an die internationale Entwicklungszusammenarbeit um 30'000 Franken)

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 : 17 Stimmen (Stichentscheid Präsidentin)

abgelehnt.

4.16 GF Gesundheit

Es referiert **Marco Järmann**

GF – Globalkredit Seite N/1

Gegenüber dem Voranschlag 2013 sinkt der Globalkredit um TCHF 45 von TCHF 574 auf TCHF 529 im Voranschlag 2014. Der grösste wegfallende Posten ist der BVK Sanierungsbeitrag. Dazu kommen verschiedene kleinere Reduktionen bei diversen Konti.

Spezialfinanzierung Abfallbewirtschaftung, VA 2014 Seite B-10

Aufgrund des Anstiegs an Grüngut welches zu entsorgen gilt steigt auch der budgetierte Sachaufwand um TCHF 217 auf TCHF 1'906.

Die Gebühreneinnahmen 2014 sind mit TCHF 3'215 veranschlagt. Im bewilligten Voranschlag 2013 waren TCHF 2'650 Gebühreneinnahmen budgetiert. Verkaufserlöse 2013 aus Papier, Metall etc. wurden gemäss seinerzeitiger Auskunft unter Diverser Ertrag mit TCHF 552 veranschlagt. Eigentlich müssten 2014 TCHF 450 unter Diverser Ertrag vermerkt sein und somit nur TCHF 2'765 unter Gebühreneinnahmen. Künftig soll dies nach Rücksprache mit der Abteilung Finanzen wieder so gehandhabt werden.

Investitionsplanung Voranschlag 2014 und Folgejahre, Seite A-9 / GF – Investitionsplanung, Seite N/2

In der Investitionsrechnung 2014 werden TCHF 580 ausgewiesen, wovon TCHF 280 auf Unterflursammelstellen und TCHF 300 auf die Hauptsammelstelle entfallen. Grundsätzlich werden Geschäfte über TCHF 100 über die Investitionsrechnung abgewickelt. Beim Betrag für die Unterflursammelstellen handelt es sich um eine Zusammenfassung von 3 zu realisierenden Standorten.

LG Lebensmittelkontrolle, Seite N/4 (103)

Bei der Risikobewertung 3 (mangelhaft) ist für 2014 ein Anteil von >9% (grösser als 9%) vorgesehen. Dies ist ein Druckfehler. Richtig wäre ein Anteil von <9% (kleiner als 9%)

Die Leistungsaufträge 2014 – 2017, sowie das Globalbudget 2014 wurden von der KSG einstimmig gutgeheissen.

Zusatz aus RPK

Die RPK hat die Leistungsaufträge 2014 -2017, sowie das Globalbudget 2014 im Umfang von TCHF 529 angenommen.

Marco Järmann

4.17 GF Betreutes Wohnen

Es referiert **Julia Amherd**

Bericht GF Betreutes Wohnen (S. 01- 04) – Leistungsaufträge 2014 - 2017 Globalbudget 2014

GF Betreutes Wohnen

Die Nachfragesteigerung bei der Spitex und das dadurch bedingte betriebliche Wachstum erfordern, externe Räume zu beziehen.

Die Verantwortlichen bestätigen, dass die Herausforderungen in der Langzeitpflege darin bestehen vermehrt hochbetagte, multimorbide Menschen mit hoher Pflegeintensität zu betreuen. Die Heime passen die benötigten Stellen den jeweiligen Pflegeanforderungen an. Für die Spitex bedeutet diese Herausforderung mehr KlientInnen und mehr Pflegeaufwand pro Klientin. Die vom Versicherer vorgesehene Zeit reicht oft nicht aus und erfordert eine zusätzliche Kostengutsprache. Die Anforderungen an die Kompetenzen der Pflegenden steigt: Es braucht mehr gut ausgebildetes Personal.

Um Pflegefachpersonen zu halten bzw. anzuziehen, müssen die Heime und die Spitex als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen werden. Deshalb ist die Karriereplanung bereits heute wichtig in der Personalführung.

Zudem ist ein Masterplan Personal bei der Umsetzung der Altersstrategie vorgesehen (Massnahme 10).

Projekte

Projekt Ausbildungskooperation:

Als Schwerpunkte für das Jahr 2014 sind gemeinsame Kurzfortbildungen für alle Betriebe der „Gesundheitsmeile“ geplant.

Im 2014 startet das Projekt „Einführung elektronische Pflegedokumentation“. Dies wird auch ins Budget 2015 einfließen.

In der Spitex laufen die Anpassungen des Abklärungs- Pflegeplaninstruments RAI-HC für den nationalen Datenpool:

Der nationale Datenpool ist eine fachliche Erhebung/Auswertung der Spitex Arbeit. Die Spitex Uster wurde vom Spitex Verband angefragt, weil die Datenqualität gut und das Datenvolumen genügend gross ist. Die erhobenen Daten nützen der Versorgungs- und Personalplanung.

Globalbudget 2014 - Globalkredit

LG Heime

Der Unterschied von Ist 12 zu Budget 14 ist auf den Wegfall der Sanierungsbeiträge für die BVK zurückzuführen. Der Gewinn wird in den nächsten Jahren aufgrund des Wegfalls der Abschreibungsgewinne gegen 0 tendieren.

Beiträge an externe Spitex:

Für das Jahr 2013 wurde zu grosszügig budgetiert, weil private Spitexorganisationen von der Bevölkerung weniger in Anspruch genommen wurden als erwartet.

GF – Personal (S. 02)

Die Nachfrage an Spitex Leistungen wird noch weiter steigen. Eine genaue Budgetierung ist schwierig, da nicht genau vorausplanbar ist wie schnell und um wie viel die Nachfrage steigen wird.

LG Heime Stadt Uster

Indikatoren (S. 03)

Die Verteilung der Ausbildungsplätze auf die verschiedenen Berufsgruppen wird künftig mit einer Fussnote im Leistungsauftrag vermerkt.

Kennzahlen:

K01: Der höhere Betrag ergibt sich aus dem Wegfall der Sanierungskosten BVK.

LG Spitex (S. 04)

Indikatoren

I 02: dieser Indikator wird 2014 nicht mehr erhoben, weil in der Leistungserfassung somatische nicht mehr von der psychiatrischen Pflege unterschieden wird.

Kennzahlen (S. 04)

01-04: die erfassten Kennzahlen sind inklusive Mönchaltorf. Der Gemeinde Mönchaltorf wird jede Leistungsstunde kostendeckend verrechnet.

In der KSG wurde ein Kürzungsantrag von Sfr. 150`000 gestellt, mit der Begründung die Anlauf- und Beratungsstelle Alter zu streichen. Der Antrag wurde mit 8 : 1 Stimmen abgelehnt.

Der gleiche Antrag wurde auch in der RPK gestellt. Der Antrag wurde auch hier mit 8 :1 Stimmen abgelehnt.

Die Leistungsaufträge und das Globalbudget 2014 für das GF Betreutes Wohnen wurde von der Kommission Soziales und Gesundheit mit 8 : 1 Stimmen angenommen.

Für die Subkommission „Betreutes Wohnen“, 26.10.2013

Julia Amherd

4.18 GF Sport

Es referiert **Gusti Hofmann**

GR Referat zum Voranschlag 2014 im GF Sport

Die Differenz zwischen dem Voranschlag 2014 GF Sport (579'000) und dem Voranschlag 2013 (504'000) entspricht den zusätzlichen Lohnkosten (CHF 130'000) bereinigt um den BVK-Sanierungsbeitrag (20'000) plus diverse Aufwandsminderungen (35'000).

Total gibt es in den Bädern 14 Vollzeitstellen. 60 Prozent im Hallenbad, im Dorfbad und Strandbad je 20 Prozent. Während im Hallenbad alle Mitarbeitenden über Ganzjahres-Anstellungen verfügen, besteht in den Freibädern eine historisch gewachsene Kombination aus Ganzjahres- und Saison-Anstellungen.

Im GF Sport sind laufend neue Aufgaben dazu gekommen und diese sind meist auf äussere Einflüsse zurückzuführen, unter anderem,

- *Nutzungszeiten auf den Sportanlagen ausgedehnt (Fussball, Sporthalle, Frühschwimmen)*
- *Kunstrasen in Betrieb genommen (zusätzlicher Unterhalt, höhere Nutzungszeiten)*
- *Betrieb neuer Trendsportplatz*
- *Zunahme der Bevölkerung und damit der Sporttreibenden*
- *steigende Ansprüche der Sportvereine und der Bevölkerung*
- *Zusätzliche Events*
- *Lehrlingsbetreuung*
- *Anpassung verschiedener Aufgaben an die heute erforderlichen Standards, z.T. neue und sich ändernde Vorschriften*

Aufgrund der erwähnten Aufgaben ergibt sich auch eine Mehrbelastung des Geschäftsfeldleiters, da die nicht delegierbaren Sonder- und Spezialaufgaben stark zugenommen haben.

Die Werbeerträge, sofern es solche gibt, würden direkt den einzelnen Kostenstellen gutgeschrieben (den Bädern und der Sporthalle). Somit fliessen diese auch in die Berechnung des Kostendeckungsfaktors ein. Seit mehreren Jahren sind Fr. 50'000.-- Werbeeinnahmen im Budget enthalten. In diesem Jahr sind erstmals rund Fr. 5'000.-- eingenommen werden, trotz neuem Werbebüro und, wie man gehört hat, intensiven Akquirierungsmethoden. Auch in Zukunft werden die budgetierten Werbeeinnahmen nicht annähernd zu erreichen sein.

In der Kommission wurde ein Antrag gestellt, die Fr. 50'000.-- Werbeerträge aus dem Budget zu streichen. Dieser Antrag ist mit 6 : 3 angenommen worden.

In der RPK ist dieser Antrag modifiziert worden, weil bei einer Annahme Fr. 50'000 fehlen würden und div. Kennzahlen Bezug nehmen auf die Werbeeinnahmen.

Der konkretisierte Antrag lautet: "Der Globalkredit wird um Fr. 50'000 erhöht unter gleichzeitiger Streichung des Wirkungs- und Leistungsziels Z08, sowie den Indikatoren I04, I08, I12, I15 und I18".

Der so modifizierte Antrag ist mit 6 : 2 angenommen worden.

In der Kommission ist ein Kürzungsantrag gestellt worden von Fr. 130'000.--, welcher der Lohnsumme der neuen Stellen, 100% Leiter Bäder und 50% Sportwart entspricht. Dieser Antrag ist mit 7 : 2 abgelehnt worden.

Der gleiche Antrag ist in der RPK gestellt worden. Er wurde mit 7 : 1 abgelehnt.

Gusti Hofmann

Antrag (modifiziert aus der RPK)

Der Globalkredit wird um CHF 50'000 erhöht unter gleichzeitiger Streichung des Wirkungs- und Leistungsziels Z 08 sowie den Indikatoren I 04, I 08, I 12, I 15 und I 18.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 21 : 12 Stimmen

angenommen.

4.19 GF Sozialhilfe

Es referiert **Walter Strucken**

Bericht Geschäftsfeld Sozialhilfe Leistungsauftrag und Globalbudget 2014

Den Trend, mehr Sozialhilfeausgaben und weniger Einnahmen pro Fall, haben wir näher besprochen. Die strengere Praxis der IV bewirkt, es praktisch keine rückwirkende Zusprechung von Renten gibt. Es werden auch weniger Renten ausgesprochen. Dazu kommen die Auswirkungen des strengeren Gesetzes bei der Arbeitslosenversicherung.

Es wird mit einem moderaten Anstieg der Fallzahlen gerechnet. Die Nettoaufwendungen dürften sich aber etwa auf dem Niveau des laufenden Jahres einpendeln. Wenn trotzdem mit weniger gerechnet wird, hat das damit zu tun, in diesem GF von 14 Mitarbeitern gleich 5 in Pension gehen, was zu einem erheblichen Rotationsgewinn führt.

*Der starke Anstieg der Kosten für die **Allimentenbevorschussung und Kleinkinderbetreuungsbeiträge** ist von 2012 auf 2013 eingetreten, weil der Regierungsrat die entsprechende Verordnung des Jugendhilfegesetzes (bereits in Kraft seit 1.1.2012) auf den 1.1.2013 in Kraft gesetzt hat. Die nun beobachtete Entwicklung zeigt, dass die Kosten für die Kleinkinderbetreuungsbeiträge stärker als erwartet ansteigen, während die Ausgaben bei der Alimentenbevorschussung etwa gleich hoch ausfallen werden wie im Jahre 2012. Das hat zur Folge, dass die budgetierten Kosten insgesamt etwa eingehalten werden können und nun auch auf diesem Niveau für 2014 budgetiert wurden.*

Kleinkinderbetreuungsbeiträge sind gedacht als Unterstützung junger Familien mit knappen finanziellen Verhältnissen und soll dazu beitragen, dass in den ersten zwei Jahren nicht beide Elternteile arbeiten müssen und damit ihr Kind selber betreuen können. Bei der Festlegung der Verordnung für diese KKBB ist der RR zulasten der Gemeinden zu grosszügig vorgegangen. Uster ist zusammen mit Zürich und Winterthur, dem Gemeindepräsidentenverband und der Kantonalen Sozialkonferenz an den RR gelangt, um eine Änderung der Verordnung zu erwirken.

Inzwischen – das kann ich vielleicht hier einfügen – hat das nun zu einer Parlamentarischen Initiative geführt hat, welche an KR-Sitzung vom 25.11. vorläufig unterstützt wurde. Diese verlangt nun vom RR eine Vorlage mit tieferen Ansätzen dem Kantonsrat vorzulegen.

*Es wird mit einem **Gesamtaufwand von 9'304'000.–** gerechnet. Fr. 71'000.– weniger als im Voranschlag 2013.*

Abschied KSG

Die Kommission für Soziales und Gesundheit die Leistungsaufträge 2014 – 2017 und das Globalbudget 2014 des Geschäftsfeldes Sozialhilfe gutgeheissen.

Verhandlung in der RPK

In der RPK wurde ein Kürzungsantrag von Fr. 20'000.- gestellt mit der Begründung, es auf die Herausgabe der Zeitschrift ZAFU in der Leistungsgruppe Asyl- und Flüchtlingswesen zu verzichten. Es war niemand da für nähere Auskünfte zu diesem Projekt und so konnte auch kaum darüber gesprochen werden. Der Antrag wurde schliesslich mit 7: 1 abgelehnt.

Walter Strucken 2.12.2013

4.20 GF Primarschule

Es referiert **Lucia Thaler**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Geschätzte Anwesende,

Der Anteil der Primarschule am totalen Globalkredit der Gemeinde Uster beträgt rund ein Drittel. Wie bereits letztes Jahr erscheinen die Angaben im Budget etwas gar knapp, was die politische Steuerung dieses grossen GF erschwert. Insbesondere in den Bereichen Schulgesundheit, Schulsozialarbeit und Informatik wären mehr Angaben im Budget wünschenswert. Die PSU hat zur Kürzung der Angaben auf Beschlüsse des Stadtrates und der Geschäftsleitung des Gemeinderates verwiesen.

Aufgrund der Wahlen und des Behördenwechsels 2014 entstehen Mehrkosten bei der Leitung der Primarschule für Schulungen für neue Behördenmitglieder, die Erstellung der Wahlunterlagen, ein Bildungswochenende, Strategiefindung und Konfliktmanagementsystem.

Die Primarschule setzt ab diesem Schuljahr 2013/14 versuchsweise Zivildienstleistende im Regelunterricht ein. Als Klassenassistenten unterstützen und entlasten sie die Lehrpersonen, indem sie Schüler mit erhöhtem Bedarf betreuen, sowie organisatorische und administrative Arbeiten übernehmen. Die HPSU und andere Schulen haben mit dem Einsatz von Zivildienstleistenden positive Erfahrungen gemacht und auch die ersten Rückmeldungen der PSU sind sehr positiv. Die Zivis erhalten 30 Fr. pro Tag plus die Fahrkosten erstattet.

Für die BVK sind aktuell keine weiteren Sanierungsbeiträge nötig.

LG Tagesstrukturen/Zusatzangebote:

Ab diesem Schuljahr 2013/14 wurde ein neues Konzept für die Freizeitkurse umgesetzt mit dem Ziel, die Kurse besser auf die Bedürfnisse der Schüler auszurichten und über höhere Teilnehmerzahlen den Kostendeckungsgrad deutlich zu erhöhen auf 40-50% wie bei der schulergänzenden Betreuung.

Die Nachfrage nach Hortplätzen ist weiterhin steigend. Dafür fallen höhere Kosten von knapp 600'000 Fr. an.

LG Sonderpädagogische Angebote:

Es ist eine Stagnation der Kosten sichtbar, nachdem die Kosten in früheren Jahren gestiegen sind.

LG Heilpädagogische Schule:

Die Anzahl Stellen der HPSU geht nochmals zurück wegen der vermehrten integrativen Förderung, wobei Stellen von der HPSU zum Regelunterricht verschoben werden.

Die Vollkosten pro Schüler der HPSU steigen deutlich, da die «günstigeren» integrativen Sonderschüler (ISS) wegfallen, wodurch die Durchschnittskosten für die verbleibende separate Sonderschulung höher sind.

Die Primarschule hat von einem externen Büro einen Kostenvergleich erstellen lassen und der KBK präsentiert, der darlegt, wie viel die PSU im Vergleich zu anderen ähnlich grossen Gemeinden kostet, aufgeschlüsselt in verschiedene Bereiche. Dieser Vergleich zeigt, dass die Primarschule Uster

pro Schüler sowohl im Kindergarten als auch in der Primarschule am wenigsten der 6 Gemeinden im Vergleich ausgibt. «Teurere» Gemeinden bieten dafür zum Beispiel bessere Löhne und mehr Schulleiterstellen, eigene Time-out-Angebote und eine online-Verwaltung von Zeugnissen, auf was die Primarschule Uster alles verzichtet. Auch für die Sonderschulung, über die in der KBK immer wieder diskutiert wird, wird in Uster unterdurchschnittlich wenig Geld ausgegeben.

In der KBK wurden keine Anträge zum GF Primarschule gestellt und die KBK hat den Voranschlag einstimmig angenommen.

Lucia Thaler

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

5 Investitionen des Voranschlages 2014

Es werden keine Wortmeldungen erwünscht.

Patrick Wolfensberger gibt die aufdatierten Zahlen bekannt:

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Laufende Rechnung des Voranschlages 2014 der Stadt Uster mit einem Aufwand von 236'111'508 Franken, einem Ertrag von 235'669'212 Franken und einem Aufwandüberschuss von 442'296 Franken wird genehmigt.
2. Die Nettoinvestitionen des Verwaltungsvermögens des Voranschlages 2014 der Stadt Uster mit 24'121'000 Franken werden genehmigt.
3. Die Nettoinvestitionen des Finanzvermögens des Voranschlages 2014 der Stadt Uster mit 80'000 Franken werden genehmigt.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 34 : 0 Stimmen

1. **Die Laufende Rechnung des Voranschlages 2014 der Stadt Uster mit einem Aufwand von 236'111'508 Franken, einem Ertrag von 235'669'212 Franken und einem Aufwandüberschuss von 442'296 Franken wird genehmigt.**
2. **Die Nettoinvestitionen des Verwaltungsvermögens des Voranschlages 2014 der Stadt Uster mit 24'121'000 Franken werden genehmigt.**
3. **Die Nettoinvestitionen des Finanzvermögens des Voranschlages 2014 der Stadt Uster mit 80'000 Franken werden genehmigt.**

6 Festsetzung des Steuerfusses 2014

Der Steuerfuss liegt gegenwärtig bei 91%. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, diesen beizubehalten.

Patricio Frei

Antrag Erhöhung des Steuerfusses auf 93%

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Sind wir ehrlich: Uns allen hier in diesem Saal ist doch klar, dass dies eine der letzten Budgetdebatten sein wird, in denen nicht der Stadtrat von sich aus eine Erhöhung des Steuerfusses beantragt. Dafür sind die benötigten Finanzmittel für die anstehenden Grossprojekte mit Hallenbad, Krämeracker und Zeughausareal zu gross. Es braucht keine hellseherischen Fähigkeiten, um vorauszusagen, dass dafür der bestehende Steuerfuss nicht ausreichen wird. Was droht uns dann? Eine Erhöhung um 5 Prozent auf einen Schlag?

Und wir Grünen werden nicht akzeptieren, dass die Stadt Uster bei der Umsetzung des Velokonzepts oder des Nachhaltigkeitsartikels Abstriche macht, nur um den Steuerfuss künstlich tief zu halten.

Die Wolken am Finanzhimmel verdunkeln sich zusätzlich. Gemäss Zeitungsberichten fehlen den Schweizer Städten Hunderte von Millionen Franken, Grund sei die zunehmende Belastung in den Bereichen Sozialhilfeleistungen, öffentlicher Verkehr und Schulbildung. Vielerorts sind Steuererhöhungen kein Tabu mehr. Eine Entwicklung, die auch vor Uster kaum Halt machen dürfte.

Unter diesen Vorzeichen würde der Stadt Uster eine proaktive Finanzpolitik gut anstehen. Sie sollte jetzt alles unternehmen, um die Selbstfinanzierung zu erhöhen. Statt das Nettovermögen ganz abzubauen, sollten in den kommenden Jahren unbedingt sachte aber kontinuierliche Steuererhöhungen umgesetzt werden. Sonst droht die Stadt geradewegs in die Schuldenfalle hineinzugeraten. Deshalb beantragen wir Grünen eine Erhöhung des Steuerfusses um zwei auf 93%.

Eine solche Erhöhung bedeutet umgerechnet, dass zwei Drittel der Steuerzahlenden zwischen 20 und 30 Franken mehr bezahlen müssen. Das ist der Preis, den wir bezahlen müssen, damit die Stadt Uster auch nach 2017 noch ein Triple A verdient. Angesichts dessen ist eine solche Steuererhöhung verkraftbar.

*Patricio Frei
Fraktionspräsident Grüne*

Claudia Bekier

Stellungnahme der SVP/EDU-Fraktion zum Steuerfuss vom Jahre 2014

„Die Höhe des Steuerfusses ist einer der Faktoren, welcher zur Attraktivitätssteigerung einer Gemeinde beiträgt.“ So hat auch der seit einigen Jahren in Uster wohnhafte Hauptredner des diesjährigen Ustertags, Prof. Dr. Lino Guzzella, an der Nachfeier eine Steuersenkung „verlangt“ – zumindest gewünscht oder empfohlen.

Uster weist heute eine Steuerstruktur auf, welche aussagt, dass 15 Prozent der Steuerpflichtigen 60% der Steuern in Uster zahlen. Wir wissen nicht, ob Professor Guzzella zu dieser Gruppe der

Steuerzahler gehört. Wir wissen jedoch, dass wir den guten Steuerzahlern mehr Beachtung und Wertschätzung zumessen müssen. Deshalb ist auch in Uster eine Steuerfussenkung nach wie vor ein aktuelles Thema, welches nicht zuletzt aufgrund der Vergleichswerte von benachbarten Gemeinden diskutiert werden muss.

Nebst wichtigen Haushaltsaufgaben stehen nun in Uster die bekannten Grossinvestitionen vor der Türe und benötigen entsprechendes Kapital. Diese Investitionen der Zukunft können nur noch anteilmässig aus dem Cash Flow bezahlt werden. Unsere Fraktion hat sich deshalb entschlossen, für 2014 der Empfehlung des Stadtrates zu folgen und den aktuellen Gemeindesteuerfuss von 91% beizubehalten.

Sollte der Stadtrat aber der Empfehlung der SVP/EDU Fraktion, die Stadtverwaltung einer Leistungsüberprüfung zu unterziehen um damit aktiv durch Optimierung (und nicht durch Leistungsabbau) die Haushaltskosten reduzieren zu können, nicht Folge leisten, so werden wir auf die nächste Budgetdebatte hin eine Steuerfussenkung aktiv anstreben.

SVP/EDU Fraktion

Claudia Bekier

2.12.2013

Balthasar Thalmann ergreift das Wort. Er führt aus, dass innerhalb der letzten 6 Jahre der Steuerfuss um insgesamt ca. 10 % gesenkt wurde. Es sollte Uster attraktiv machen, so war unsere Meinung. Aber die Zahlen von 2012 zeigen, dass die relative Steuerkraft deswegen nicht besser geworden ist. Ist der Steuerfuss wirklich matchentscheidend, um nach Uster zu ziehen bzw. wegzuziehen? Wir dürfen uns nicht mit einer Goldküstengemeinde vergleichen. Der Vergleich via Steuerfuss kommt nicht gut. Uster hat andere Stärken.

Thomas Wüthrich ergreift das Wort. Es freut ihn, dass die SVP-Fraktion sich um sein Wohl kümmern möchte. Er sei nicht nach Uster gezogen wegen dem Steuerfuss und er wird deswegen auch nicht von Uster wegziehen. Der Steuerfuss ist nicht matchentscheidend. Er kann sinnvoll eingesetzt werden zum Wohle der Stadt. Zukünftige Steuersenkungen sind nicht der Weg, um eine Stadt attraktiv für die Bürger zu erhalten.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Die Vorsitzende erläutert das Abstimmungsprozedere. Der Stadtratsantrag wird gegen den Antrag der Grünen ausgemacht.

Ausmarchung Antrag SR - Grüne

Steuerfuss von 91 %: 24 Stimmen

Steuerfuss von 93 %: 10 Stimmen

Der stadträtliche Antrag obsiegt.

Schlusabstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 30 : 3 Stimmen

Der Steuerfuss 2014 zur Deckung des Aufwandes der Politischen Gemeindegutes wird auf 91 % (91 %) des einfachen Steuerertrages festgesetzt.

7 Schlussabstimmung

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 31 : 0 Stimmen

Die Leistungsaufträge 2014 – 2017 und Globalbudgets 2014 der Geschäftsfelder Steuerung und Führung, Bürgerrecht und Dienste, Kultur, Finanzen, Liegenschaften, Infrastrukturbau und Unterhalt, Stadtraum und Natur, Hochbau und Vermessung, Koordination Bildung, Sicherheit, Publikumsdienst, Soziale Sicherheit, Gesundheit, Betreutes Wohnen, Sport, Sozialhilfe und Primarschule sowie des LA Parlamentarische Dienste werden mit den in der Detailberatung beschlossenen Änderungen und Anpassungen und der Laufenden Rechnung 2014 genehmigt.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 20. Januar 2014 statt.

Schluss der Sitzung 21.00 Uhr

Für das Protokoll Die Parlamentssekretärin
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum Die Präsidentin
Gabriela Seiler

Datum Die Stimmenzähler

Marianne Siegrist

Claudia Wyssen

Bruno Modolo